

# 37. BUNDESPARTEITAG

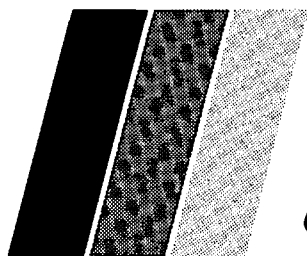
10.-13. SEPTEMBER 1989, BREMEN

**BERICHT DER**

**BUNDESGESCHÄFTSSTELLE**

**ANLAGE ZUM BERICHT DES  
GENERALSEKRETÄRS**

**CDU**



*Die  
Zukunft*



**37. Bundesparteitag  
11.–13. September 1989, Bremen**

**Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs**



<b>Vorwort</b>	5
<b>I. Parteigremien</b>	6
1. Präsidium	6
2. Bundesvorstand	6
3. Bundesausschuß	6
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	7
5. Bundesparteigericht	7
<b>II. Die Bundesgeschäftsstelle</b>	8
1. Kommissionen	8
– Kommission „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“	8
– Kommission „Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Europapolitik“	8
– Kommission „Umwelt- und Energiepolitik“	9
– Kommission „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“	9
– Kommission „Ländlicher Raum“	10
2. Bundesfachausschüsse	10
3. Seniorenarbeit	16
4. Bundeswehrbeauftragter	17
5. Aktionen/Kampagnen	17
– Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl	17
– Aktion „Willkommen“	17
– Informationskampagne zur Steuerreform	17
– Informationskampagne zur Strukturreform im Gesundheitswesen	18
– Umweltkampagne	18
– „Perspektive Europawahl“	18
– Parteitagsdokumentation zum Thema „Schutz des Lebens“	18
– „Wirtschaft auf vollen Touren“	18
– „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“	18
– Informationsaktion „Mitgliedsbeiträge“	18
6. Kongresse/Veranstaltungen	19
7. Pressearbeit	20
8. Ständige Publikationen	20
– Deutsches Monatsblatt	20
– UiD	21
9. Europawahlkampf 1989	21
10. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	
– Baden-Württemberg	29
– Schleswig-Holstein	29
– Berlin	29
– Veranstaltungen des Parteivorsitzenden	29
11. Personal/Verwaltung	29
12. Referentenvermittlung	30
13. Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus	30
14. Organisationsberatung/Information	30
15. Veranstaltungsservice im Konrad-Adenauer-Haus	30
<b>III. Die Mitgliederentwicklung in der CDU</b>	31
<b>IV. Politischer Arbeitskalender</b>	33



## Vorwort

Der vorliegende Bericht über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle in den zwei Jahren seit dem Bonner Bundesparteitag im November 1987 dürfte selbst diejenigen überraschen, die ständig in der Partei mitarbeiten. Erst die schriftliche Zusammenfassung aller Aktivitäten vermag einen Überblick zu geben, wie breitgefächert die Aufgaben einer modernen Volkspartei geworden sind.

Programmdiskussionen, Informationskampagnen und Wahlkämpfe waren auch in den vergangenen zwei Jahren die Schwerpunkte in der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle.

Darüber hinaus hat die Bundespartei in den vergangenen zwei Jahren neue Arbeitsfelder erschlossen: die Gründung und den Aufbau der Senioren-Union und das Aktionsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“.

Mit der Arbeit in der Organisationskommission wurde die Frage zur programmatischen, personellen und organisatorischen Zukunft der Volkspartei in den 90er Jahren zu beantworten versucht.

Eine moderne Volkspartei braucht Ideen und die Fähigkeit zur programmatischen Erneuerung. Dazu benötigt sie einen funktionsfähigen hauptamtlichen Apparat, ohne den es heute keine erfolgreiche politische Arbeit mehr gibt. Das hat sich vor allem darin gezeigt, wie die Programmdiskussionen für den Wiesbadener Parteitag und den Bremer Parteitag vorbereitet wurden.

Mit dem Ansatz, eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zeitgemäß zu entwerfen, die Gültigkeit für die 90er Jahre hat, wurde für die wesentlichen Politikfelder Außen- und Deutschlandpolitik, Wirtschaftspolitik, Rentenpolitik, Familienpolitik, Frauenpolitik, Umweltpolitik sowie Ausländer- und Asylantenpolitik ein zusammenhängendes, umfassendes Programm erarbeitet. In zahllosen Vorbereitungskommissionen und Entwurfspapieren haben die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle die

entscheidende Vorarbeit für die Programmdiskussionen auf beiden Parteitagen erarbeitet, so daß die CDU mit ihrem neuen Programm „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ ein politisches Konzept für die 90er Jahre beschließen konnte. Mit dem qualifizierten Personal der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist es gelungen, diese Diskussionen auf den vielfältigen Politikfeldern zu organisieren und für den Bundesparteitag abstimmungsfähige Vorlagen und Empfehlungen vorzubereiten.

Natürlich ist damit nur ein Teil der Arbeiten des Konrad-Adenauer-Hauses erwähnt. Einen großen Teil nehmen Routinearbeiten ein, die von der Öffentlichkeit wenig bemerkt werden, die für die Betreuung unserer Mitglieder und Wähler aber wichtig sind. Es müssen Briefe und Telefonate beantwortet und viele Interessenten bei einem Besuch direkt in unserem Haus informiert werden. So gesehen ist die Parteizentrale im Konrad-Adenauer-Haus heute ein großes Kommunikationszentrum geworden. Nimmt man Pressekonferenzen, Fachauschuß-Sitzungen, Anhörungen und Kongresse sowie Streitgespräche im Konrad-Adenauer-Haus hinzu, dann wird die Rolle der Parteizentrale für die programmatischen Inhalte der Partei deutlich.

Wir möchten an dieser Stelle den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle unseren Dank aussprechen. Sie hatten in den letzten zwei Jahren eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen und haben diese unter oftmals hektischen Bedingungen in überzeugender Weise gelöst. Mit Geld allein läßt sich ihr Arbeitseinsatz gar nicht aufwiegen. Wir wissen den Idealismus und das Engagement unserer Mitarbeiter sehr zu schätzen. Sie sind ein Garant für eine schlagkräftig arbeitende Bundespartei. In diesen Dank möchten wir die Landes-, Kreis- und Vereinigungsgeschäftsführer und alle übrigen Hauptamtlichen auf allen Ebenen unserer Partei einbeziehen, weil wir ihnen für eine gute, freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse der Union herzlich danken wollen.

Dr. Heiner Geißler MdB  
Generalsekretär der CDU

Peter Radunski  
Bundesgeschäftsführer der CDU

Vertical text or markings, possibly a page number or identifier, located in the center of the page.



# I. Parteigremien

## 1. Präsidium

Das Präsidium trat während des Berichtszeitraumes ab dem 35. Bundesparteitag (9.11.1987) in Bonn zu 25 Sitzungen und zwei Kontaktgesprächen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Afrika-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
- Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- Forderungen der ÖTV
- Prag-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
- EG-Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland
- EG-Gipfel in Brüssel (11./12.2.1988)
- EG-Gipfel in Hannover (27./28.6.1988)
- Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg (20.3.1988)
- Gesetzesvorhaben der Legislaturperiode
  - Steuerreform
  - Kostendämpfung im Gesundheitswesen
  - Rentenstrukturreform
  - Beratungsgesetz (§ 218 StGB)
  - Neuorientierung der Zukunftsperspektiven der Bundespost
- Entwicklung am Arbeitsmarkt
- Wirtschaftspolitik
- Vorruhestandsregelung
- Bundeshaushalte und Finanzplanung
- Beratung der Leitträge des Bundesvorstandes zum 36. Bundesparteitag
- Ergebnis der Landtagswahl von Schleswig-Holstein (8.5.1988)
- USA-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
- Vorbereitung des 36. Bundesparteitages
- UdSSR-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
- Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen und der DDR
- Geiseldrama in NRW
- Strukturhilfe für Bundesländer
- Aussiedlerpolitik
- SPD-Parteitag, Münster
- Unglück in Ramstein
- Tiefflugproblematik
- Europakandidaten der CDU / Vorbereitung der Europawahlen
- Kulturpolitik
- Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (29.1.1989)
- Beratung der Leitträge des Bundesvorstandes zum 37. Bundesparteitag (Umwelt- und Energiepolitik; Organisationsreform)

- Finanzen der Bundespartei
- Umgang mit radikalen Parteien
- Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen (12.3.1989)
- Wohnungsbaupolitik
- Kabinettsumbildung im April 1989
- Hungerstreik von Terroristen
- Ergebnis der Europawahlen und der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland (18.6.1989)
- Ausländer- und Asylpolitik
- Vorbereitung des 37. Bundesparteitages in Bremen

Präsidiumskontaktgespräche wurden geführt mit der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD).

## 2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 16 Sitzungen und zwei zweitägigen Klausurtagungen zusammen.

Schwerpunkthemen: siehe Präsidium

Außerdem:

- Verabschiedung der Haushaltspläne 1988 und 1989 der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Gründung der Senioren-Union der CDU
- EG-Bericht von Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen
- Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst
- Lage der Landesparteien
- Aktionsvorschläge für ein Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“
- Vorbereitung der Bundesausschußsitzungen des Berichtszeitraumes
- Themenfestlegung und Vorbereitung des 36. und des 37. Bundesparteitages

## 3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen zusammen. Er befaßte sich mit folgenden Themen:

- Berichte des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zur politischen Lage
- Berichte des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler MdB über die Parteiarbeit, die Vorbereitung des 36. Bundesparteitages 1988 und den Europawahlkampf
- Berichte des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger MdB, über die Arbeit der Fraktion
- Bericht des Regierenden Bürgermeisters, Eberhard Diepgen, zur politischen Lage in Berlin
- Bericht von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB zur Ausländer- und Asylpolitik sowie zur inneren Sicherheit

- Genehmigung der Satzung und der Beitragsregelungen der Senioren-Union der CDU
- Genehmigung von Satzungsänderungen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)
- Genehmigung der Änderung der Satzung der Frauen-Union der CDU
- Genehmigung von Änderungen der Satzung der Jungen Union Deutschlands
- Beschluß „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“
- Beschluß zur Rentenstrukturreform
- Aufklärungs- und Informationskampagne „Deutschland liegt gut im Rennen“
- Resolution „Berlin hat Zukunft“
- Organisations- und Finanzreform der CDU
- Beratung des Leitantrages „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ für den 37. Bundesparteitag in Bremen

#### 4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum unter der Leitung von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski zu 14 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktt Themen:

- Parteiengesetz, Rechenschaftsbericht
- Landtagswahlen Baden-Württemberg
- Aktionen zum Thema Steuerreform
- Vorbereitung 36. Bundesparteitag in Wiesbaden
- Landtagswahlen Schleswig-Holstein
- Beitragsregelung
- Aktionen zu „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“
- Aktionen zum Thema Gesundheitsreform
- Aktivierung der Arbeit in den Bundeswehrstandorten
- Wahlkampf Abgeordnetenhaus Berlin
- Kommunalwahlen Hessen
- Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz
- Kommunalwahlen Saarland
- Europawahl
- Finanzlage der Partei
- Vorlage der Organisationskommission „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“
- Vorbereitung 37. Bundesparteitag in Bremen

#### 5. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 9. November 1987 bis 31. Juli 1989 zu sieben Sitzungen zusammen, in denen insgesamt 15 Verfah-

ren aus den Jahren 1986 bis 1989 entschieden wurden. Dabei handelte es sich um:

- 6 Wahlanfechtungen,
- 4 Ausschlußverfahren,
- 1 Streitigkeit wegen Verhängung von Ordnungsmaßnahmen,
- 1 Streitigkeit um die Zulassung als Verfahrensbevollmächtigter,
- 1 Streitigkeit wegen Beisitzerwahlen zum Ortsverbandsvorstand,
- 1 Streitigkeit wegen Unterlassung von Amtsträgerbezeichnungen,
- 1 Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung.

Diese 15 Verfahren hatten folgende Ergebnisse:

- 5 Zurückweisungen des Rechtsmittels,
- 3 Aufhebungen oder Abänderungen von Landesparteigerichts- bzw. Kreisparteigerichts-Beschlüssen,
- 3 Einstellungen des Verfahrens,
- 1 Bestätigung der Unwirksamkeit von Wahlen,
- 1 Vergleich,
- 1 Ablehnung eines Verfahrensbevollmächtigten,
- 1 Ablehnung eines Antrages auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung.

Zur Zeit sind beim Bundesparteigericht 26 Verfahren aus den Jahren 1987 bis 1989 anhängig. Es handelt sich dabei um

- 21 Wahlanfechtungen, u.a. wegen Zuordnung von Mitgliedern zu Ortsverbänden,
- 4 Wahlanfechtungen eines Landesparteitages/Landesdelegiertentages,
- 1 Verfahren wegen Ausschlusses aus der CDU.

Im Berichtszeitraum wurden in mehreren Fällen während eines laufenden Parteigerichtsverfahrens von einigen Antragstellern Zivilprozesse zum jeweils gleichen Streitgegenstand eingeleitet. Wenn und soweit die ordentlichen Gerichte diese rechtskräftig entschieden hatten, entfiel dadurch das Rechtsschutzinteresse für die Fortsetzung der entsprechenden Parteigerichtsverfahren, so daß die jeweiligen Anträge/Rechtsmittel als unzulässig zurückgewiesen wurden.

Das Bundesparteigericht beabsichtigt, im Jahre 1990 die Broschüre „25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960 – 1985“, ein wichtiges Arbeitsmittel, in 2. Auflage herauszubringen.

## II. Die Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle hat im Berichtszeitraum ihre Leistungsfähigkeit weiter ausgebaut. Dies war nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die Anforderungen an die Geschäftsstelle als Dienstleistungszentrale für die Parteiführung, die Gliederungen der Partei und für die Mitglieder merklich gestiegen sind. Die Arbeitsschwerpunkte der Bundesgeschäftsstelle lagen im Berichtszeitraum in der programmatischen Vorbereitung und organisatorischen Durchführung des Wiesbadener Parteitages, von fünf Bundesausschusssitzungen, des Europawahlkampfes 1989 und des Bundesparteitages in Bremen.

Noch stärker als bisher wurde die Bundesgeschäftsstelle auch von den Bürgern als Ansprechpartner gesucht. Davon zeugt die ständig wachsende Zahl von Zuschriften und Anrufen, in denen neben Kritik oder Zuspruch in den meisten Fällen konkrete Sachfragen gestellt oder persönliche Anliegen vorgetragen werden. Damit ist ebenso wie mit der Betreuung der großen Zahl von Besuchern neben einer erhöhten Arbeitsbelastung natürlich auch die Chance für direktere und intensivere Kontakte zu den Bürgern verbunden.

### 1. Kommissionen

#### **Kommission „Das Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“**

Die Kommission hatte den Auftrag, programmatische Vorarbeit für den 36. Bundesparteitag in Wiesbaden zu leisten. Sie hat in ihrem Entwurf, der dem Bundesvorstand als Grundlage für seinen Antrag an den Bundesparteitag gedient hat, ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens und der Würde des Menschen formuliert, ein Konzept für die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur Bewältigung des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandels entwickelt sowie Leitlinien für eine kinderfreundliche Gesellschaft und eine humane Pflege älterer Menschen vorgelegt.

Die Kommission ist von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik fachlich unterstützt worden; sie hat ihren Entwurf in drei Plenarsitzungen am 16. Dezember 1987, am 22./23. Januar 1988 (Klausurtagung) und am 9. Februar 1988 erarbeitet.

#### *Mitglieder der Kommission*

Vorsitz: Dr. Heiner Geißler MdB  
Stellvertreter: Peter Radunski  
Geschäftsführung: Wilhelm Staudacher  
Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf  
Christoph Böhr MdL  
Gerhard Braun  
Dr. Heinz Eyrich MdL  
Ulf Fink MdA  
Dr. Paul Hoffacker MdB  
Barbara John

Dr. Friedrich Kronenberg MdB  
Dr. Paul Laufs MdB  
Prof. Dr. Ursula Lehr  
Albrecht Martin MdL  
Prof. Dr. Paul Mikat  
Anton Pfeifer MdB  
Elmar Pieroth MdA  
Prof. Dr. Johannes Reiter  
Dr. Heinz Riesenhuber MdB  
Ingrid Roitzsch MdB  
Dr. Helga Stödter  
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB  
Erwin Teufel MdL  
Prof. Dr. Klaus Töpfer  
Roswitha Verhülsdonk MdB  
Dr. Bernhard Vogel  
Karlheinz Weimar MdL  
Johanna Grfn. von Westphalen

#### **Kommission „Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Europapolitik“**

Die Kommission, die gleichfalls zur Vorbereitung des Wiesbadener Parteitages eingesetzt worden war, hat mit ihrem Entwurf Perspektiven für eine christlich-demokratische Außen- und Sicherheitspolitik der neunziger Jahre entwickelt und dabei vor allem fünf Hauptaufgaben herausgestellt:

- die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung,
- den konsequenten Ausbau der wirtschaftlichen sowie außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft,
- die Festigung der Atlantischen Allianz und den Ausbau der Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA,
- Zusammenarbeit und Vertrauensbildung mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Pakts und
- unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Dritten Welt.

Die Kommission ist gemeinsam von Mitarbeitern der Grundsatz- und Planungsabteilung sowie der Hauptabteilung Politik fachlich unterstützt worden; sie hat in drei Plenarsitzungen am 17. Dezember 1987, am 15./16. Januar 1988 (Klausurtagung) und am 8. Februar 1988 ihren Entwurf erarbeitet.

#### *Mitglieder der Kommission*

Vorsitz: Dr. Heiner Geißler MdB  
Stellvertreter: Peter Radunski  
Geschäftsführung: Dr. Wulf Schönbohm  
Markus Berger  
Lothar Domröse  
Dr. Johann Baptist Gradl+  
Prof. Dr. Christian Hacke

Walther Leisler Kiep  
 Dr. Egon Klepsch MdEP  
 Karl Lamers MdB  
 Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler  
 Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP  
 Hans-Peter Repnik MdB  
 Volker Rühle MdB  
 Dr. Wolfgang Schäuble MdB  
 Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz  
 Dr. Lutz Stavenhagen MdB  
 Dr. Hans Stercken MdB  
 Horst Teltschik  
 Dr. Roland Wegener  
 Prof. Dr. Werner Weidenfeld  
 Dr. Peter Weilemann  
 Dr. Dorothee Wilms MdB  
 Dr. Manfred Wörner

### **Kommission „Umwelt- und Energiepolitik“**

Zur Vorbereitung des 37. Bundesparteitages in Bremen hat der Bundesvorstand am 13. Februar 1989 die Kommission „Umwelt und Energie“ unter Leitung von Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer eingesetzt. Die Kommission hat in vier Sitzungen einen Diskussionsentwurf zur Umwelt- und Energiepolitik erarbeitet. Dieser Entwurf ist dann in zwei Redaktionssitzungen unter Leitung des Generalsekretärs bearbeitet und am 2. Juni 1989 unter dem Titel „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ als Antrag des Bundesvorstandes an den Bremer Parteitag beschlossen worden.

Der Antrag greift die zentralen Probleme der Umwelt- und Energiepolitik auf und verlangt vor allem

- die Beachtung eines ökologischen Generationenvertrages, der die möglichen Folgen unseres Handelns für die Zukunft zur Grundlage heutiger Entscheidungen macht;
- eine Umweltaußenpolitik zur Bewältigung der globalen Herausforderungen in der Umweltpolitik;
- eine umweltpolitisch verantwortbare Energiepolitik;
- einen vorsorgenden Umgang mit chemischen Substanzen und
- eine umweltverträgliche Abfallentsorgung.

Die Kommission ist von Mitarbeitern der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unterstützt worden.

#### *Mitglieder der Kommission:*

Vorsitz: Prof. Dr. Klaus Töpfer  
 Geschäftsführer: Dr. Fritz Holzwarth  
 Christoph Böhr MdL  
 Birgit Breuel MdL  
 Ralf-Dieter Brunowsky  
 Dr. Berthold Budell MdL  
 Klaus Dürkop  
 Ludwig Gerstein MdB  
 Dr. Reinhard Göhner MdB  
 Kurt-Dieter Grill MdL

Dr. Volker Hassemer MdA  
 Prof. Dr. Helmut Klages  
 Dr. Paul Laufs MdB  
 Prof. Dr. Johannes Reiter  
 Dr. Heinz Riesenhuber MdB  
 Bernd Schmidbauer MdB  
 Christa Thoben MdL  
 Dr. Erwin Vetter MdL  
 Prof. Dr. Alfred Voß  
 Karlheinz Weimar MdL  
 Prof. Dr. Lutz Wicke  
 Prof. Dr. Carl-Jochen Winter

### **Kommission „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“**

Der 36. Bundesparteitag in Wiesbaden hat den Bundesausschuß beauftragt, dem nächstfolgenden Bundesparteitag einen Antrag zur Organisations- und Finanzreform auf allen Ebenen zur Beschlußfassung zuzuleiten. Die Grundlage für diesen Entwurf sollten Empfehlungen bilden, die eine vom Bundesvorstand zu berufende „Organisationskommission“ zu erarbeiten hatte. In diese Kommission hat der Bundesvorstand Mitglieder aller Ebenen der Partei und aus allen Landesverbänden und Vereinigungen berufen. Den Vorsitz der Kommission hatte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl.

In vier Arbeitsgruppen („Auswahlverfahren für Mandate und Ämter“, „Formen der Parteiarbeit“, „Strukturen der Partei“, „Finanzen“) wurden die Empfehlungen der Kommission vorbereitet; die Leitung der Arbeitsgruppen lag bei Dr. Franz-Josef Jung, Jürgen Wohlrabe, Dr. Bernhard Worms und Werner Zeyer.

Entsprechend dem Beschluß des Wiesbadener Bundesparteitages wurde der Kommissionsentwurf am 10. April 1989 in einer Sitzung der Kreisvorsitzenden als Verantwortliche der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei vor Ort beraten.

Der Bundesvorstand hat sich in einer Klausursitzung am 16./17. April 1989 und in einer weiteren Sitzung am 8. Mai 1989 mit der Vorlage befaßt.

Am 5. Juni 1989 hat der Bundesausschuß auf der Grundlage der Empfehlungen der Organisationskommission seinen Antrag an den 37. Bundesparteitag beschlossen.

#### *Mitglieder der Kommission:*

Vorsitz: Dr. Helmut Kohl MdB  
 Stellvertreter: Dr. Heiner Geißler MdB  
 Peter Radunski  
 Christoph Böhr MdL  
 Hartmut Bonnemeyer  
 Manfred Carstens MdB  
 Wolfgang Egerter  
 Dirk Fischer MdB  
 Rudolf Friedrich  
 Lucia Griebhaber  
 Lothar Hegemann MdL  
 Dr. Franz Josef-Jung MdL

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter  
 Willi Kierdorf  
 Dr. Helmut Linssen MdL  
 Dr. Uwe Lüthje  
 Elmar Pieroth MdA  
 Dr. Annette Schavan  
 Rudolf Seiters MdB  
 Heinz Soenius MdL  
 Wilhelm Staudacher  
 Eckhard Südmersen  
 Hans Terlinden  
 Erwin Teufel MdL  
 Ferdinand Tillmann MdB  
 Frau Irma Tübler  
 Alexander Graf von Schwerin  
 Rita Waschbüsch MdL  
 Jürgen Wohlrabe MdA  
 Dr. Bernhard Worms MdL  
 Werner Zeyer

Hermann Kroll-Schlüter MdB  
 Albert Leifert MdL  
 Meinolf Michels MdB  
 Dr. Franz Möller MdB  
 Prälat Adolf Opheys  
 Irmgard Reichardt  
 Helma Schmitt MdL  
 Dr. Oscar Schneider MdB  
 Dr. Dieter Schulte MdB  
 Franz Schuster  
 Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB  
 Dr. Peter Sinkwitz  
 Egon Susset MdB  
 Erwin Teufel MdL  
 Prof. Dr. Klaus Töpfer  
 Dr. Sönke Traulsen  
 Dr. Horst Waffenschmidt MdB  
 Dr. Jürgen Warnke MdB  
 Dr. Ludolf-Georg  
 von Wartenberg MdB  
 Dr. h. c. Gerhard Weiser MdL  
 Prof. Dr. R. E. Wolfram

### Kommission „Ländlicher Raum“

Die vom Bundesvorstand am 18. Juni 1987 eingesetzte Kommission hat unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht MdL in fünf Sitzungen den Entwurf eines Programms der CDU „Die Zukunft des ländlichen Raums sichern“ erarbeitet. Die Arbeit wurde am 14. Juli 1989 abgeschlossen. Der Entwurf wird dem Präsidium und dem Bundesvorstand der CDU zugeleitet.

Die Kommission hat mit ihrem Entwurf Perspektiven für den ländlichen Raum als wirtschaftlich eigenständigen Lebensraum entwickelt; er befaßt sich mit

- der Sicherung der Wirtschaftsentwicklung,
- der Nutzung moderner Technologien und Kommunikationsdienste,
- Verkehrspolitik und Dorfentwicklung,
- familienfreundlichen Rahmenbedingungen sowie
- der Pflege von Brauchtum und Kultur.

Die Kommission ist von Mitarbeitern der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unterstützt worden.

#### Mitglieder der Kommission:

Vorsitz: Dr. Ernst Albrecht MdL  
 Stellvertreter: Franz Sauter MdB  
 Geschäftsführer: Dr. Fritz Holzwarth  
 Richard Bayha MdB  
 Gerda Dempwolf MdB  
 Prof. Dr. Wolfgang Erz  
 Rudi Geil MdL  
 Prof. Dr. Clemens Geißler  
 Dr. Wolfgang von Geldern MdB  
 Prof. Dr. W. Grosskopf  
 Dr. Adolf Herkenrath MdB  
 Dr.-Ing. Dietmar Kansy MdB  
 Hedwig Keppelhoff-Wiechert  
 Ignaz Kiechle MdB  
 Prof. Dr. Paul Klemmer

## 2. Bundesfachausschüsse

### (1) Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Prof. Dr. Wilhelm A. Kewenig  
 Stellvertreter: Dr. Karl Miltner  
 Heinz Paus MdL  
 Geschäftsführer: Ralph Bierett (bis März 1989)  
 Dr. Klaus Schüler (ab März 1989)

#### Arbeitsgruppen:

- Innere Sicherheit/Polizei
- Asyl- und Ausländerpolitik
- Kommunalpolitik
- Öffentlicher Dienst

#### Schwerpunkthemen:

- „Konzeption zu einer weiteren Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“ – Beschluß vom 2. Mai 1988.
- „Vorschläge der CDU für eine Ausweitung der Teilzeitarbeit für Beamte“ – Beschluß vom 15. September 1988.
- „Leitlinien zur Ausländer- und Asylpolitik“ – Beschluß vom 19. Dezember 1988.
- „Bürgerbeteiligung in der Gemeinde“ – Erarbeitung einer Beschlußvorlage auf der Grundlage des Diskussionsentwurfes der AG Kommunalpolitik.
- Gemeinsame Tagung des BFA Innenpolitik und des BFA Europapolitik am 19. Dezember 1988 zu Fragen der Kriminalitätsbekämpfung und des Asylrechts im Zuge des Abbaus der Binnengrenzen durch das Schengener Abkommen und den gemeinsamen Binnenmarkt
- Fachtagung der AG Innere Sicherheit/Polizei zum Thema „Innere Sicherheit und Europäischer Integrationsprozeß“
- „Konzeption zu einer weiteren Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“ – Vorstellung in einer Pressekonferenz am 5. August 1988

## **(2) Bundesausschuß Sportpolitik**

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB  
Stellvertreter: Manfred Freiherr von Richthofen  
Michael Sauer  
Geschäftsführerin: Edelgard Schönau

### *Arbeitskreise:*

- Arbeitskreis Leistungssport
- Programmkommission

### *Schwerpunkthemen:*

- Vereinfachung und Erleichterung der Vereinsbesteuerung – Beschlüsse vom 17. 2. 1988, 29. 2. 1988, 27. 6. 1988 und 21. 2. 1989
- Öffentliche Anhörung über Doping-Probleme im Hochleistungssport am 10. 4. 1989
- Sport und Naturschutz, Beschluß vom 5. 7. 1988
- Sportanlagen und Spielplätze in Wohngebieten, Beschluß vom 2. 6. 1989
- „Humanität im Sport“, Beschluß vom 8. 6. 1989
- Beschluß zur Aufnahme der Sportmedizin in die Approbationsordnung
- Entwurf für das neue Sportprogramm der CDU.

## **(3) Bundesausschuß Kulturpolitik**

Vorsitzender: Dr. Peter Bendixen MdL  
(bis 2. September 1988)  
Dr. Georg Gölder MdL  
(seit 2. September 1988)  
Stellvertreter: Herbert Reul MdL  
Claus-Wilhelm Hoffmann  
Geschäftsführer: Heiner Lueg

### *Arbeitsgruppen*

- Kunst und Kultur
- Bildung und Erziehung
- Weiterbildung/Erwachsenenbildung

### *Beschlüsse:*

- Empfehlungen zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)
- Die europäische Dimension im Unterricht der Schule
- Leitsätze zur Kulturpolitik (Dazu hat der Ausschuß eine Anhörung mit Vertretern von Kulturverbänden durchgeführt.)

### *Ferner wurden folgende Themen behandelt:*

- Situation der Hochschulen
- Verkürzung der Ausbildungszeiten
- Aktuelle Thesen für eine CDU-Schulpolitik
- Weiterbildung/Erwachsenenbildung
- Enquete-Kommission „Bildung 2000“ des Deutschen Bundestages

## **(4) Bundesausschuß Jugendpolitik**

Vorsitzende: Ruth Hieronymi MdL  
Stellvertreter: Gert Hammer  
Uwe Wienholz  
Geschäftsführer: Hans Peter Bergner

### *Schwerpunkthemen:*

- Jugendpolitische Schwerpunkte der Legislaturperiode
- Jugend – Gesellschaft – Demographische Entwicklung
- Bekämpfung des Drogenmißbrauchs
- Neuordnung des Jugendhilferechts
- Jugend und Europa
- Wehrgerechtigkeit
- Der Kinderbeauftragte als Institution

### *Beschlüsse:*

- Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Sozialgesetzbuches – Jugendhilfe –
- Suchtfrei leben – Leitfaden zur Drogen- und Rauschmittelproblematik
- Europa-Info für junge Menschen

### *Stellungnahmen und Erklärungen unter anderem zu folgenden Themen und Anlässen:*

- Mehr Rechte für die Jugendvertretungen
- Zur vom Bundesinnenminister vorgelegten Rauschgiftbilanz 1987
- Zum 8. Deutschen Jugendhilfetag
- Zum Gespräch zwischen dem BFA Jugendpolitik und Vertretern der BUND-Jugend
- Zum 25. Jahrestag der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes
- Zum Gespräch über Fragen der Integration junger Aussiedler zwischen dem BFA-Vorstand und dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk
- Zur Notwendigkeit, die Öffnungszeiten in Kindergärten zu flexibilisieren
- Zur günstigsten Ausbildungsplatzbilanz seit 12 Jahren
- Jugend vor der Europawahl
- Zur Reform der Jugendhilfe
- Zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über Jugendaustausch

### *Gespräche/Anhörung:*

- Gespräche mit der BUND-Jugend, der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, führenden Verbänden der Drogenprophylaxe und -behandlung.
- Experten-Anhörung „Strategien gegen Drogenmißbrauch“.

## **(5) Bundesausschuß Wirtschaftspolitik**

Vorsitzende: Christa Thoben MdL  
Stellvertreter: Dr. Christian Neuling MdB  
Dr. Dieter Murmann  
Geschäftsführerin: Gabriele Aprath

### *Arbeitsgruppen:*

- „Grundsätze einer Reform der Unternehmensbesteuerung“
- „Binnenmarkt '92“
- „Tarifpolitik im Strukturwandel“

## Beschlüsse

- Änderungsvorschläge zum Diskussionsentwurf zum Bundesparteitag 1988 „Das Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“
- Beschlußfassung des Positionspapiers der Arbeitsgruppe „Binnenmarkt '92“
- Beschluß von Änderungsvorschlägen zum Diskussionsentwurf zum Bundesparteitag 1989 „Leitsätze der Umweltpolitik“

## Gespräche:

- Gespräch mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, am 14. April 1988; Thema: „Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland“
- Gespräch mit dem Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Gerhard Fels, am 16. Mai 1988; Thema: „Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland“
- Gespräch mit dem Bundesminister der Finanzen, Dr. Gerhard Stoltenberg, am 9. März 1989; Thema: „Perspektiven der Finanz- und Steuerpolitik für die neunziger Jahre“
- Expertengespräch mit der EG-Kommission (Generaldirektor Manfred Caspari) am 20. April 1989; Thema: „Europäische Wettbewerbspolitik“
- Gespräch mit dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dr. Werner Stumpfe, am 20. April 1989; Thema: „Grundsätze einer weltmarktorientierten Tarifpolitik“
- Gespräch mit Werner Then von der Randstad Organisation für Zeitarbeit am 10. Oktober 1988, Thema: „Flexibilisierung der Arbeitszeit“
- Gespräch mit dem Vorstand des Bundes Katholischer Unternehmer am 6. September 1989; Themen: „Sonntagsarbeit, Vermögensbildung, Tarifpolitik“.

## (6) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Richard Bayha MdB  
Stellvertreter: Dr. Hedda Meseke  
Johann-J. Borchert MdB  
Geschäftsführerin: Marion Wiese

## Arbeitsgruppen:

- Landwirtschaft und Umwelt
- Alternative Produktionsmöglichkeiten

## Schwerpunktt Themen:

- Vorschläge und Änderungsempfehlungen zum Gesetzentwurf zur Flächenstilllegung
- Vorschläge und Änderungsempfehlungen zum Gesetzentwurf zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG)
- Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (Agrarstrukturgesetz)
- Flexibilisierung der Milchmengengarantieregulierung
- Die Extensivierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Umstellung auf nichtüberschüssige Erzeugnisse

- Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Reform des Agrarsozialen Sicherungssystems (4. ASEG) und Alterssicherungssystem der Landwirtschaft
- Leitlinien „Landwirtschaft und Umwelt“, gemeinsam mit dem BFA „Umwelt“
- Leitlinien „Alternative Produktionsmöglichkeiten“ mit Schwerpunkt „Nachwachsende Rohstoffe“.

## (7) Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB  
Stellvertreter: Hanns Schaefer  
Heinz Soénius MdL  
Geschäftsführer: Alexander Nothaft

## Schwerpunktt Themen:

- Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes
- Baunutzungsverordnung
- Wohnungseigentumsgesetz
- aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt.

## Gespräche:

- Gespräch mit Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider MdB und den für Wohnungswesen zuständigen Ministern der CDU-geführten Bundesländer am 23. Februar 1989
- Werkstattgespräch zu den Perspektiven der Wohnungspolitik mit Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt MdB und einem hochrangigen Expertenkreis am 23. August 1989

## Beschluß:

- Beschluß zu den Eckdaten einer zukunftsorientierten Wohnungspolitik, 23. Februar 1989.

## (8) Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB  
Stellvertreter: Dr. Günter Becker  
Edmund Wronski MdA  
Geschäftsführer: Alexander Nothaft

## Schwerpunktt Themen:

- Öffentlicher Personennahverkehr in der Fläche
- Flugsicherung
- Zukunftssicherung der Deutschen Bundesbahn
- Verkehrssicherheit
- Verkehrsberuhigung in Ballungsgebieten
- Verkehr und Umwelt

## Beschlüsse:

- „Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“, 10. Juni 1988
- „Wege zur stadtverträglichen Verkehrsabwicklung“, 24. Februar 1989
- Beschluß „Verkehr in unserer Umwelt“ vom 16. Juni 1989

## Gespräch:

- mit Vertretern der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines Informationsbesuches bei der DB-Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart am 10. Oktober 1988

### **(9) Bundesfachausschuß Energiepolitik**

Vorsitzender: Ludwig Gerstein MdB  
Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler MdHB  
Johann Wilhelm Römer  
Geschäftsführer: Udo Holtmann

#### *Schwerpunkthemen:*

- „Integrierte Energiepolitik/erneuerbare Energien“
- „Der Niedergang der SPD in der Energiepolitik“
- „Kohle und Kernkraft gehören zusammen – Die europäische Dimension der Energiepolitik“
- „Saubere Kohletechnologien“

#### *Gespräche:*

- Internes Expertengespräch zum Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“
- mit Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer über die friedliche Nutzung der Kernenergie
- mit Vorstandsmitgliedern der SCHLESWAG
- mit Vorstandsmitgliedern der STEAG
- mit Vorstandsmitgliedern der VEW

### **(10) Bundesfachausschuß Umweltpolitik**

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdL  
Stellvertreter: Dr. Andreas Troge  
Dr. Roland Salchow MdHH  
Geschäftsführer: Udo Holtmann

#### *Arbeitsgruppen:*

- Marktwirtschaftliche Instrumente
- Umweltorientierte Unternehmensführung
- Europäische Umweltpolitik
- Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz
- Abfallentsorgung
- Energie und Umwelt
- Klima

#### *Beschlüsse:*

- „Mehr Umweltvorsorge durch Umwelthaftungsrecht“, 28. 5. 1988
- „Umweltschutz muß Chefsache werden“ – Leitsätze für eine umweltorientierte Unternehmensführung, 28. 10. 1988
- „Weniger Abfälle sicher entsorgen – Leitsätze der CDU zur Abfallwirtschaft“, 12. 4. 1989
- „Mehr Umweltvorsorge durch Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)“, 12. 4. 1989
- „Schutz und Erhaltung der Erdatmosphäre als globale Herausforderung“, 12. 4. 1989
- „Landwirtschaft und Umwelt“ (gemeinsam mit dem Bundesfachausschuß Agrarpolitik), 19. 7. 1989

#### *Dokumentation:*

- Grenzenlose Umwelt – „Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“,

#### *Anhörungen und Gespräche:*

- Expertengespräch „Gefährdungshaftung und Umwelthaftpflichtversicherung“ (6. 4. 1988)

- Expertenanhörung „Nordsee“ (2. 8. 1988)
- Europäisches Umweltforum (22. 2. 1989)
- Round-Table-Gespräch „Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz“ (21. 6. 1989)
- Expertengespräch „Wird Freizeit zum Umweltrisiko?“ (24. 8. 1989)
- Gespräch mit den bundesweit tätigen Natur- und Umweltverbänden
- mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz e. V.
- mit dem Deutschen Naturschutzring – Bundesverband für Umweltschutz e. V. (DNR)
- mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
- mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Prof. Dr. Horst Zimmermann

### **(11) Bundesfachausschuß Sozialpolitik**

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL  
Stellvertreter: Roswitha Verhülndonk MdB  
Kurt Härzschel  
Geschäftsführer: Wolfgang Schmitt

#### *Kommissionen*

- Rentenpolitik
- Strukturreform im Gesundheitswesen
- Grundsatzfragen der Sozialpolitik
- Behindertenpolitik

#### *Schwerpunkthemen:*

- Gesundheitsreformgesetz
- Rentenreform
- Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik
- Diskussion des Entwurfs „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“
- Europäische Sozialpolitik und europäischer Binnenmarkt
- Sozialraum Europa
- Zukunft der sozialen Dienste

#### *Stellungnahmen und Erklärungen*

- Zum SPD-Entwurf „Humanisierung des Arbeitslebens“
- Zum Pflegeproblem
- Zum Ehrenamt
- Zum Gesundheitsreformgesetz
- Zur Europapolitik
- Zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen
- Zur Behindertenpolitik
- Zu den DGB-Aktionswochen
- Zum sozialpolitischen Zukunftsprogramm der CDU
- Zu den Beschlüssen des Fachausschusses zur Strukturreform der Gesetzlichen Rentenversicherung

#### *Gespräche:*

- Werkstattgespräch zu den „Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik“



- Gespräche mit Vertretern des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Diakonie, der EKD, des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner e.V., der katholischen Sozialverbände des Ruhrgebiets und des Collegium Augustinum.

### **(12) Bundesfachausschuß Familienpolitik**

Vorsitzende: Rita Waschbüsch MdL  
 Stellvertreter: Norbert Schlottmann  
 Heinrich Sudmann  
 Geschäftsführerin: Dr. Petra Sommerfeldt-Siry

#### *Schwerpunkthemen:*

- Familienlastenausgleich
- Gesetzentwurf zum Bundesberatungsgesetz
- Geplante Änderung des Umgangsrechts für Väter nichtehelicher Kinder (Anhörung zusammen mit dem Bundesfachausschuß Frauenpolitik)
- Beschlüsse des „57. Juristentages zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften“
- Stellungnahme zu den Leitlinien zur Ausländer- und Asylpolitik des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU
- Familienrelevante Leistungen der Rentenstrukturreform
- Europäische Familienpolitik.

### **(13) Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik**

Vorsitzender: Albrecht Hasinger  
 Stellvertreter: Anneliese Augustin  
 Prof. Dr. med. Ulf D. Koenig  
 Geschäftsführerin: Gerda Lübbert

#### *Schwerpunkthemen:*

- Gesundheitsreformgesetz
- Gesundheit und Alter
- Prävention
- Pflegenotstand im Krankenhaus
- Heilberufe
- Allgemeinmedizin.

#### *Gespräche:*

- Gespräch mit Vertretern der Naturheilmittelindustrie
- Gespräch mit dem Fachverband deutscher Allgemeinärzte
- Pressegespräch zu Schwerpunkten der Arbeit des Bundesfachausschusses
- Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichtes des Fachausschusses Gesundheitspolitik über die Situation alter Menschen
- Werkstattgespräch „Wege aus dem Pflegenotstand in den Krankenhäusern“.

### **(14) Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik**

Vorsitzender: Dr. Otfried Hennig MdB  
 Stellvertreter: Heinrich Lummer MdB  
 Jürgen Quensell  
 Geschäftsführer: Dr. Wolf-Rüdiger Baumann

#### *Schwerpunkthemen:*

- Europäische und/oder nationale Lösung der Deutschen Frage
- Die aktuelle Lage in der Deutschlandpolitik
- Die Ost-CDU – inwieweit lohnen sich Kontakte?
- Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen und ihre Perspektiven
- Aktive Deutschlandpolitik.

### **(15) Bundesfachausschuß Außenpolitik**

Vorsitzender: Volker Rühle MdB  
 Stellvertreter: Prof. Dr. Werner Weidenfeld  
 Elmar Brok MdEP  
 Geschäftsführer: Dr. Wolf-Rüdiger Baumann

#### *Schwerpunkthemen:*

- Die Situation in der Sowjetunion unter Einbeziehung der Entwicklungen in Osteuropa
- Die politischen Verhältnisse in den Ländern Mittel- und Lateinamerikas
- Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland
- Die Veränderungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei

### **(16) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik**

Vorsitzender: Werner Schreiber MdB  
 Stellvertreter: Dr. Volkmar Köhler MdB  
 Dr. Dieter W. Benecke  
 Geschäftsführerin: Monika Baumhauer

#### *Arbeitsgruppen:*

- Verschuldung/Schuldenerleichterungen
- Kultur und Entwicklung
- Dialog mit den Kirchen und Entwicklungsorganisationen
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Neue entwicklungspolitische Thesen

#### *Beschlüsse:*

- Zur internationalen Schuldenkrise (12. August 1988)
- Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik (14. März 1989)
- Zur politischen Entwicklung in Namibia (6. Mai 1989)
- Andauernde Menschenrechtsverletzungen in Iran (9. Mai 1989)
- Neue entwicklungspolitische Thesen (Sommer 1989).

#### *Gespräche:*

- Zwei Gespräche mit der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“.

### **(17) Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Markus Berger  
 Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB  
 Barbara Könitz  
 Geschäftsführer: Dr. Peter Seidel

### *Schwerpunkthemen:*

- Diskussion des Kommissionsberichts „Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“
- Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Entwicklungen in Osteuropa (gemeinsame Sitzung mit dem Bundesfachausschuß Außenpolitik)
- Die gesellschaftspolitische und soziale Lage der Soldaten
- Reservistenkonzept der Bundeswehr/Heeresstruktur 2000
- Langzeitplanung der Bundeswehr
- Gesamtkonzept für Sicherheit und Abrüstung. Überlegungen zur Zukunft der nuklearen Abschreckung
- Wiener Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa.

### *Beschluß:*

- Empfehlung an die Bundespartei zum Thema: „Frauen und Bundeswehr“

### *Gespräch:*

- Werkstattgespräch „Bundeswehr '89: Sinn, inneres Gefüge, Zukunft“

### **(18) Bundesfachausschuß Europapolitik**

Vorsitzender: Bernhard Sälzer MdEP  
Stellvertreter: Doris Pack MdB  
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP  
Geschäftsführer: Dr. Peter Seidel

### *Schwerpunkthemen:*

- Diskussion des Kommissionsberichts „Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“
- Europäische Währungsunion
- WEU-Erweiterung
- Beratung des Entwurfs des EVP-Aktionsprogramms 1989
- Aktivitäten und Vorbereitung des Europawahlkampfes 1989
- Asylpolitik in der EG
- Innere Sicherheit im Zuge des Grenzabbaus in der EG (gemeinsame Sitzung mit dem Bundesfachausschuß Innenpolitik)
- Ausländerwahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland
- Europäischer Sozialraum.

### *Beschluß:*

„Asylpolitik in der Europäischen Gemeinschaft“

### *Gespräche:*

- Expertengespräch „Handwerk und europäischer Binnenmarkt“
- Expertengespräch „Berufsbeamtentum und europäischer Binnenmarkt“

### **(19) Bundesfachausschuß Forschung und Technologie**

Vorsitzender: Christian Lenzer MdB  
Stellvertreter: Dr. Josef Bugl  
Dr. Peter Kleber  
Geschäftsführer: Alexander Nothhaft

### *Schwerpunkthemen:*

- Zukunftschancen des Forschungslandes Bundesrepublik Deutschland
- Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen
- Zukunftschancen durch Informationstechnologie
- europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft
- Raumfahrtpolitik
- forschungspolitische Bedeutung geistes- und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen
- Chancen und Risiken der Gentechnologie
- Stiftungen als Element einer freiheitlichen Ordnung.

### *Beschluß:*

„Unser Land auf dem Weg zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft in Europa“  
(2. September 1989)

### *Gespräche:*

- mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Prof. Dr. Hubert Markl, am 29. Januar 1988
- mit dem Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen e. V., Prof. Dr. Otto H. Schiele, am 15. März 1988
- mit dem Vorstand der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) am 31. Mai 1988
- mit dem Generalsekretär des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Dr. Horst Niemeyer, am 20. Februar 1989
- mit dem Präsidium des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) am 5. September 1989.

### **(20) Bundesfachausschuß Medienpolitik**

Vorsitzender: Dieter Weirich MdB  
Stellvertreter: Klaus von Trotha MdL  
Gabriele Wiechatzek MdA  
Geschäftsführer: Dr. Peter Wellert

### *Arbeitsgruppen:*

- Europäische Medienpolitik
- Medienmarkt der neunziger Jahre
- Medien- und Kulturpolitik – Chancen für das kreative Potential.

### *Schwerpunkthemen:*

- Rundfunkgebührenpolitik
- Europäische Medienkonvention
- Werbung und Politik
- Privatfunk in der Bewährung

- Berichterstattung des Rundfunks über öffentliche Ereignisse
- Novellierung des Gesetzes über die Bundesrundfunkanstalten Deutschlandfunk und Deutsche Welle.

*Gespräch:*

- Informationsgespräch mit dem Bundesvorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes e. V. (DJV) am 21. 6. 1988

**(21) Bundesausschuss Frauenpolitik**

Vorsitzende: Dr. Maria Herr-Beck  
 Stellvertreter: Hildegard Matthäus MdL  
 Gebhard Müller MdL  
 Geschäftsführerin: Angela Kuhn-Meusch

*Kommissionen:*

- Frau und Familie
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Frau und Arbeitswelt
- Frauenförderpläne
- Neue Berufsfelder für Frauen
- Frauen in der CDU

*Schwerpunkthemen:*

- Kommunale Frauenförderung durch Frauenförderpläne
- Geplante Änderung des Umgangsrechtes für Väter nichtehelicher Kinder (zusammen mit dem Bundesausschuss Familienpolitik)
- Reform des Jugendhilfegesetzes
- Familienergänzende Betreuung von Kindern
- Frauenpolitische Aspekte der Rentenstrukturreform
- Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- Flexibilisierte Arbeitszeitregelungen in Unternehmen

**(22) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen**

Vorsitzender: Dr. Heinz Eyrich MdL  
 Stellvertreter: Herbert Helmrich MdB,  
 Prof. Dr. Rupert Scholz,  
 Dr. h. c. Otto Theisen,  
 Dr. Henning Schwarz  
 (bis 20. April 1989),  
 Prof. Dr. Winfried Tilmann  
 (ab 20. April 1989)  
 Geschäftsführer: Dr. Klaus Büttner

*Kommissionen:*

- Asylrecht
- Biotechnologie und Recht
- Ehe- und Familienrecht
- Europarecht
- Fortschreibung des rechtspolitischen Programms
- Gewalt
- Kartellrecht
- Kriminalpolitik
- Recht und Technik
- Schutz der Umwelt durch Recht
- Verbraucherschutz
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik

*Beschlüsse:*

- Leitsätze zu medizinischen und rechtlichen Problemen bei Anenzephalen
- Leitsätze zum patentrechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen
- Leitsätze zur Nutzung der Gentechnologie in Forschung und Industrie
- Leitsätze zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft
- Leitsätze zur Neuregelung des Entmündigungs-, Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts über Volljährige
- Leitsätze zum Europarecht
- Leitsätze zur politisch motivierten Gewalt
- Leitsätze „Umwelthaftungsrecht“
- Leitsätze „Strafrecht und Umweltschutz“
- Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsstellung des Verbrauchers bei Ratenkrediten.

*Sonstiges:*

Im J. Schweitzer Verlag ist 1988 unter dem Titel „Technologischer Fortschritt und menschliches Leben, Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik, Teil 2, Rechtspolitische Grundsätze von CDU und CSU zur Gentechnik am Menschen“ ein Sachbuch erschienen, das vom BACDJ maßgeblich mitgestaltet wurde.

Am 6. Mai 1988 wurde aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens des BACDJ eine Rechtspolitische Tagung durchgeführt. Den Festvortrag hielt der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Hat sich unser Verständnis vom Recht gewandelt?“ schloß sich an.

**3. Seniorenarbeit**

Im Mittelpunkt der Seniorenarbeit standen die Durchführung und der Vollzug des Beschlusses A1 des 35. Bundesparteitages über die bundesweite Gründung der Senioren-Union zum frühestmöglichen Zeitpunkt. In Arbeitstreffen mit den Landesbeauftragten und Landesvorsitzenden der Senioren-Union (30. November 1987, 10. Februar 1988 und 11. April 1988) wurde die Gründungsversammlung der Bundesvereinigung Senioren-Union vorbereitet. Diese erste Bundesdelegiertenversammlung fand am 20. April 1988 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn statt.

Bis zu diesem Zeitpunkt oblag der Hauptabteilung Politik die Zuarbeit für den Seniorenbeauftragten der CDU, Gerhard Braun. Dabei handelte es sich vor allem um

- Entwürfe für Reden, Artikel und Presseerklärungen,
- die Vorbereitung von Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern,
- ständige Kontakte zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie zu Seniorengemeinschaften, Rentnervereinigungen und Alteninitiativen.

## 4. Bundeswehrbeauftragter

Die CDU ist von Anfang an für die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Belange der Bundeswehr eingetreten. Ihr Platz ist immer an der Seite der Soldaten gewesen. Dies zeigt auch die Einrichtung des Amtes des Beauftragten der CDU für die Bundeswehr; seine Aufgabe ist es, die Aktivitäten der Parteigliederungen für die Bundeswehr zu koordinieren, Anregungen zu geben und Ansprechpartner zu sein.

Zum Beauftragten der CDU für die Bundeswehr hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 13. März 1989 den Bundestagsabgeordneten Paul Breuer ernannt. Gleichzeitig hat der Bundesvorstand ein Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“ verabschiedet. Mit diesem Arbeitsprogramm tritt die CDU in einen ständigen Dialog mit der Bundeswehr und zeigt auch nach außen ihre Solidarität mit den Soldaten. Darüber hinaus verdeutlicht sie damit der Öffentlichkeit stärker den Auftrag der Bundeswehr.

Das Arbeitsprogramm „CDU an der Seite der Bundeswehr“ ist gut angelaufen. Die Zahl der Ansprechpartner auf Kreis- und Standortebene beträgt inzwischen 200 Personen in 166 von 239 Kreisverbänden (Stand: 26. Juli 1989, ohne Berlin). Die Arbeit der CDU mit der Bundeswehr ist auf Kreis-, Landes- und Bundesebene intensiviert und gestärkt worden. Dazu hat der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr nicht zuletzt durch zahlreiche Truppenbesuche bei Heer, Luftwaffe und Marine beigetragen.

Am 2. Juni 1989 hat eine Konferenz des Beauftragten der CDU für die Bundeswehr mit den Vorsitzenden der Landesfachausschüsse für Sicherheitspolitik, den Vorsitzenden der Bundeswehrarbeitskreise in den Kreisverbänden und Standorten sowie den Ansprechpartnern in den Vereinigungen der CDU im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattgefunden.

Der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr wird durch die Hauptabteilung Politik fachlich und organisatorisch unterstützt.

## 5. Aktionen/Kampagnen

### Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl

Anfang 1989 startete die Bundesgeschäftsstelle die bundesweite Informationskampagne „Deutschland liegt gut im Rennen“. Diese Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl hat die bereits sichtbaren Erfolge der Reformpolitik umfassend dargestellt. Für diese Kampagne stellte die Bundesgeschäftsstelle folgende Materialien zur Verfügung:

- „**12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl**“ – Der Faltprospekt beschreibt schlaglichtartig und beispielhaft die wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl.
- „**Gesundheitsreform von A–Z**“ – In alphabetischer Form enthält diese Taschenbroschüre alle wichtigen Informationen zur Gesundheitsreform.

- „**Alles über die große Steuerreform**“ – In dieser Broschüre konnten die Bürger in Textbeiträgen und Tabellen nachlesen, was ihnen die Steuerreform bringt.
- „**Wir bleiben auf dem Weg der Mitte**“ – Diese Ausgabe von „CDU extra“ enthielt neben Informationen über die Steuer- und Gesundheitsreform auch Argumente zu den Themen Ausländer und Wohnungsbau. Kreisverbände konnten bis zu 10 000 Exemplare kostenlos zur Verteilung erhalten.
- „**Deutschland liegt gut im Rennen – Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl**“ – Diese CDU-Dokumentation (UiD 4/89) faßte die Informationen und Argumente zusammen.
- Mit einer Wandzeitung konnten die Verbände der CDU auch in ihren Schaukästen auf die Halbzeitkampagne aufmerksam machen.

### Aktion „Willkommen“

Am 31. August 1988 hat die Bundesregierung ein Sonderprogramm zur Eingliederung von Aussiedlern verabschiedet. Als begleitende und ergänzende Maßnahme startete die CDU-Bundesgeschäftsstelle die „Aktion Willkommen“. Die Aktion sollte zu einer schnelleren und reibungsloseren Eingliederung der Aussiedler beitragen.

Die „Aktion Willkommen“ rief zu Patenschaften, Gesprächen, Nachbarschaftstreffen, Integration in Vereine u.ä. auf. Sie war ein großer Erfolg: 47 Kreisverbände führten vielfältige Aktionen durch, die von Sprechstunden über Hilfe bei Behördengängen und gemeinsame Veranstaltungen bis zu persönlicher Betreuung von Aussiedlerfamilien reichten.

Einige Kreisverbände hätten bereits einen Aussiedlerbeauftragten berufen, die meisten taten dies im Rahmen der „Aktion Willkommen“. Durch ihre Aktion hat die CDU dauerhafte Einrichtungen auf Kreis- und Ortsebene geschaffen, die die Eingliederung von Aussiedlern erleichtern und auch das Verständnis bei der einheimischen Bevölkerung fördern.

### Informationskampagne zur Steuerreform

Bereits zum Bundesparteitag am 9. November 1987 hat die Bundesgeschäftsstelle mit ersten Materialien – einer Wandzeitung und zwei Flugblättern – über die Steuersenkungen informiert. Es folgten konkrete Entlastungsbeispiele über das Deutsche Monatsblatt und den UiD. Zum Jahreswechsel wurden den Parteigliederungen zu den ab 1. Januar 1988 in Kraft tretenden Steuersenkungen der zweiten Stufe der Steuerreform ein Flugblatt und eine Wandzeitung unter der Schlagzeile „14 Milliarden mehr im Geldbeutel“ zur Verfügung gestellt.

Mitte Januar 1988 begannen die Parteigliederungen mit einer umfangreichen Informationskampagne zur Steuerreform:

- In einer Auflage von fast zehn Millionen Exemplaren wurde eine 16seitige Zeitung unter der Schlagzeile „Wir senken die Steuern“ verteilt. Die finanziellen Vorteile für die Steuerzahler wurden an konkreten Beispielen erläutert.
- Parallel dazu führte die Bundesgeschäftsstelle eine Telefonaktion durch. Unter vier Rufnummern im Konrad-Adenauer-Haus konnten die Bürger zum Billig-Tarif, nämlich zwischen 18.00 Uhr und 20.00 Uhr, Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle Fragen zur Steuerreform stellen.
- Eine Taschenbroschüre mit dem Titel „10 Pluspunkte der Steuerreform“ zeigte mit vielen anschaulichen Grafiken Punkt für Punkt die Vorteile der Steuersenkung auf.
- Flugblätter gaben gezielte Informationen zu Einzelthemen der Steuerreform.
- Rednern wurden großformatige Demonstrations-Grafiken als optische Hilfsmittel für ihre Vorträge und Diskussionen angeboten.

Die große Steuerreform wurde auch in den übrigen Publikationen und Diensten der Bundesgeschäftsstelle schwerpunktmäßig behandelt, so im aktuellen „CDU extra“, das neben der Steuerreform die Strukturreform im Gesundheitswesen und die Postreform dargestellt hat.

#### **Informationskampagne zur Strukturreform im Gesundheitswesen**

In allen Verteil-Publikationen der Bundesgeschäftsstelle nahm die Darstellung der Gesundheitsreform breiten Raum ein, so zum Beispiel in den Ausgaben von „CDU extra“ und im „Deutschen Monatsmagazin“. Darüber hinaus wurden in UiD-Dokumentationen, im „Deutschen Monatsblatt“ sowie in mehreren Flugblättern die Argumente der CDU verbreitet und über die ersten positiven Auswirkungen der Reform informiert.

#### **Umweltkampagne**

Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa gab ein 16seitiges Umwelt-Magazin, das als Verteilmittel zur Verfügung stand. – Dem praktischen Umweltschutz dient die Abfalltüte für das Auto. Sie findet als Verteilmittel sehr gute Resonanz.

#### **„Perspektive Europawahl“**

Mit Blick auf die Europawahl im Juni 1989 wurden bereits frühzeitig erste Materialien der Bundesgeschäftsstelle bereitgestellt: Neben Informationsblöcken in den aktuellen Ausgaben von „CDU-extra“ gab es eine Wandzeitung „Zukunft Europa“. Aktuelles Verteilmittel war der Kalender zur Fußball-Europameisterschaft in der Bundesrepublik Deutschland, der neben der Bundesausgabe in Regionalausgaben für die Parteigliederungen Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Berlin, Frankfurt und Oldenburg aufge-

legt wurde. – Besonderes Interesse fand gegen Ende 1988 der Slogan-Wettbewerb Europawahl im Deutschen Monatsblatt. Über 3.000 Mitglieder sandten Formulierungsvorschläge ein und erhielten als Dank einen repräsentativen Europakalender.

#### **Parteitagdokumentation zum Thema „Schutz des Lebens“**

Zusätzlich zu den Dokumentationen der Parteitagsreden des Bundesvorsitzenden, des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde eine ausführliche Dokumentation der Diskussion und der Beschlüsse zur Politik der CDU zum Schutz des Lebens veröffentlicht.

#### **„Wirtschaft auf vollen Touren“**

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Regierung Helmut Kohl stand im Mittelpunkt der Ausgabe von „CDU extra“: „Wirtschaft auf vollen Touren/Super 88“, die den Parteigliederungen im Herbst 1988 zur Verfügung gestellt wurde. Zusammen mit einer Wandzeitung zur Wirtschaftspolitik und aktuellen Flugblättern zur positiven Konjunktorentwicklung waren die Verbände damit für herbstliche Informationsveranstaltungen gut ausgestattet.

#### **„40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“**

Bundeskanzler Helmut Kohl rief im November 1988 alle CDU-Mitglieder auf, das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland vor allem auf Orts- und Kreisebene mit eigenen Veranstaltungen zu würdigen.

Ein UiD zum Thema „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ enthielt eine Musterede, eine Zeittafel zur Entstehung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sowie Aktionsvorschläge für kommunale CDU-Fraktionen, Verbände und Vereinigungen der CDU.

Mit einem Rahmenplakat konnten die Verbände über ihre Veranstaltungen vor Ort informieren und für sie werben.

Nach dem Kongreß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, der im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfand, erschien eine Dokumentation mit den Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl und Prof. Hans-Peter Schwarz.

#### **Informationsaktion „Mitgliedsbeiträge“**

Mit einem speziell gestalteten Faltblatt „Steuerliche Möglichkeiten bei Mitgliedsbeitrag und Spenden“ können sich Mitglieder der CDU über die aktuellen gesetzlichen Regelungen informieren.

In Verbindung mit der Herausgabe dieses Faltblattes wandte sich Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep im „Deutschen Monatsblatt“ und im UiD an alle Mitglieder, mit der Bitte, die CDU in Zukunft noch stärker zu unterstützen.

## 6. Veranstaltungen und Kongresse

In Zusammenarbeit der Hauptabteilung Politik und der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit unter Beteiligung der jeweiligen Vereinigungen wurden folgende Veranstaltungen im Kongreßzentrum des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses bzw. außerhalb Bonn inhaltlich vorbereitet und organisatorisch abgewickelt:

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer
7.12.1987	Bundesausschuß der CDU	300
2.2.1988	Expertengespräch: „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“	500
8.2.1988	Gedenkveranstaltung: „100. Geburtstag Jakob Kaiser“	650
20./21.2.1988	16. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung: „Leben wagen-Zukunft gewinnen“ (Umbenennung in Frauen-Union)	400
24.2.1988	Expertengespräch: „Herausforderung Pflege – Chance zu neuer Arbeit“	450
14.4.1988	Außenpolitischer Kongreß: „Freiheit-Sicherheit-Zusammenarbeit – Unsere Verantwortung in der Welt“	750
20.4.1988	Gründungskongreß der Senioren-Union	450
6.5.1988	Rechtspolitische Tagung: „Recht sichert die Freiheit“ (20 Jahre Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen)	320
12./15.6.1988	36. Bundesparteitag Wiesbaden, Rhein-Main-Halle	2500
12.9.1988	Bundesausschuß Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	300
26.9.1988	Bundesausschuß Bonn, Studio Beethovenhalle	280
7./8.10.1988	29. EAK-Bundestagung: „Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	500
7./8.10.1988	Kongreß der Frauensektion der Europäischen Volkspartei „EUROPA – Schnittpunkt der Ideen – Raum zum Handeln – Herausforderung an die Frauen“ Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle	300
12.10.1988	Empfang des Parteivorsitzenden anlässlich des 60. Geburtstages von Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	800
2.11.1988	9. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch: „10 Jahre Grundsatzprogramm der CDU – Politisches Fundament auch für die 90er Jahre?“	450
14.12.1988	Bundesausschuß Berlin, Hotel Inter-Continental	450
14.1.1989	Jubiläums-Veranstaltung: 40 Jahre Frauen-Union „Wir Frauen: Für die Zukunft verantwortlich – Wir wollen mehr als unser Recht!“ Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle	500
18.1.1989	Kongreß 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland „Frieden, Freiheit, Soziale Gerechtigkeit“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	700
31.1.1989	Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von Bundesminister a. D. Hans Katzer Königswinter, Adam-Stegerwald-Haus	500
22.2.1989	Europäisches Umwelt-Forum „Grenzenlose Umwelt – Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	550
10.4.1989	Konferenz der Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	450
12.4.1989	Kongreß Europäischer Binnenmarkt „Deutschlands Zukunft heißt Europa“ Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	600
5.6.1989	Bundesausschuß Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	300
18.6.1989	Europa-Wahlabend Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	800
21.6.1989	Empfang des Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden anlässlich des 65. Geburtstages von Bundestagspräsident a. D. Dr. Rainer Barzel Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	700

## 7. Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen Pressekonferenzen, die Beantwortung zahlreicher telefonischer Anfragen, Hintergrundgespräche und schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum November 1987 bis 15.8.1989 wurden 1105 Beiträge und Stellungnahmen abgegeben). Ferner fanden zahlreiche Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen statt. Der Schwerpunkt der Pressearbeit liegt in der Zusammenarbeit mit den in Bonn akkreditierten Journalisten, wobei regelmäßigen Kontakten auch mit den Zentralredaktionen von Fernsehen, Hörfunk und Printmedien zunehmende Bedeutung zukommt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakten der Parteiführung, insbesondere des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs. Hinzu kommen die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien sowie – in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation – die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitag, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU.

Neben 98 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind Hintergrund- und Informationsgespräche zu Einzelthemen der Politik zu einem wichtigen Instrument der Information geworden. Besonderes Interesse bestand bei in- und ausländischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär. Auch für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Die Verbindung zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen, der CSU sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen gepflegt. Außerdem werden gemeinsame Presseaktivitäten zwischen Bundespartei und Landesverbänden bzw. Vereinigungen in kontinuierlichen telefonischen Absprachen vereinbart und durchgeführt.

Während der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin wurde der Kontakt zu den für die Pressearbeit in den Landesverbänden verantwortlichen Kollegen besonders intensiv wahrgenommen. Die Presseaktivitäten wurden täglich miteinander besprochen und zwischen Bundes- und Landesebene abgestimmt.

Im Europawahlkampf wurden die zentralen Kundgebungen des Bundesvorsitzenden, die Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen des Generalsekre-

tärs und die insgesamt 270 Einsätze der Bundesredner pressemäßig betreut. Zu einer Reihe von Veranstaltungen wurden Wahlkampfbegleitungen für in- und ausländische Journalisten organisiert. In der „heißen“ Wahlkampfphase gab die Pressestelle der Bundespartei insgesamt 124 Pressemitteilungen heraus, von Grundsatzartikeln des Bundesvorsitzenden sowie des Generalsekretärs über Presseerklärungen von Europaabgeordneten bis hin zu aktuellen politischen Stellungnahmen und Erwidern auf Angriffe des politischen Gegners.

Sämtliche Anzeigen der Bundespartei, die in Boulevard-Zeitungen bzw. in der regionalen und überregionalen Presse erschienen, sowie sämtliche Flugblätter, die die Bundespartei den Kreisverbänden zu aktuellen politischen Themen zur Verfügung stellte, wurden den in Bonn akkreditierten Parlamentsjournalisten aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht. Gleiches gilt für die Zeitung „Deutschland am Wochenende“.

In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch der gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene Pressedienst, der „Deutschland-Union-Dienst“ (DUD). Der DUD hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst die Auflage auf 1.100 Exemplare gesteigert, die bundesweit vertrieben werden. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe, in der die wichtigsten Artikel einer Woche zusammengefaßt werden, beträgt gleichfalls 1100 Exemplare. Der DUD wird, wie eine Auswertung ergab, in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als die Pressedienste anderer Parteien. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2000 Exemplaren.

## 8. Ständige Publikationen

### Deutsches Monatsblatt

Trotz der angespannten finanziellen Lage der Bundesgeschäftsstelle konnte die Herausgabe von acht Ausgaben des Deutschen Monatsblattes pro Jahr gewährleistet werden. Damit ist sichergestellt, daß das „Deutsche Monatsblatt“ weiterhin seiner Rolle als Mittler zwischen der Parteispitze und dem einzelnen Mitglied sowie den einzelnen Verbänden untereinander gerecht werden kann.

Besonders umfassend berichtete das „Deutsche Monatsblatt“ über die Programmdiskussion zur Vorbereitung des Parteitages in Wiesbaden. Tausende von Mitgliedern machten von dem Angebot Gebrauch, mit Coupons Diskussionsentwürfe zu bestellen, um an der Diskussion teilnehmen zu können.

Wie bereits in der Vergangenheit entwickelten sich aus den vielfältigen Berichten über Aktionen vor Ort andernorts interessante Initiativen.

## „Union in Deutschland“ (UiD)

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr und enthält Informationen und Argumentationshilfen zu allen wichtigen politischen Ereignissen. Außerdem informiert der UiD regelmäßig über das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gibt Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird. Besonderes Interesse fanden die Kommissions-Entwürfe und die Leitartikel des Bundesvorstandes für den Bundesparteitag in Wiesbaden. Kurzfristig mußte die Auflage verdoppelt werden.

Durch die Regionalisierung des UiD konnten im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein Sonderbeilagen erscheinen. Die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben auch außerhalb der Wahlkampfzeit von der Möglichkeit der Regionalbeilage Gebrauch gemacht.

### Redaktionelle Dienste

Der „Info-Service“, Informationsdienst für Redakteure von lokalen und regionalen CDU-Publikationen, erscheint mit acht Ausgaben im Jahr. Bei wichtigen politischen Ereignissen, besonders im Europawahlkampf, erhielten die Redakteure zusätzliche Informationsaussendungen mit aktuellen Materialien. Die in diesem Informationsdienst enthaltene Zusammenstellung bundespolitischer Nachrichten, aktueller Zitate und grafischer Tips zur Zeitungsgestaltung ermöglicht es den CDU-Redakteuren, zusätzlich zu örtlichen Nachrichten auch über bundespolitische Themen und über Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu berichten. – Zur Zeit gibt es über 1300 örtliche CDU-Zeitungen, die auf eine Gesamtauflage von drei bis vier Millionen Exemplaren kommen.

## 9. Europawahlkampf

### (1) Die CDU als deutsche Europapartei

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat den Europawahlkampf 1989 organisatorisch und werblich wie einen Bundestagswahlkampf geführt. Bereits im September 1988 war die konzeptionelle Vorbereitung des Wahlkampfes abgeschlossen und begann die innerparteiliche Vorbereitung des Wahlkampfes. Hierzu legte die Bundesgeschäftsstelle erste Informations- und Argumentationsmaterialien vor. Der inhaltliche und werbliche Schwerpunkt der Wahlkampfführung in den Medien und in der Partei wurde in die letzte Wahlkampfphase gelegt.

Aus den ersten beiden Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979 bzw. 1984) war die CDU als die deutsche Europapartei hervorgegangen. Dieses Profil sollte bei den Europawahlen 1989 gestärkt

werden. Obwohl an die herausragenden Ergebnisse von 1979 und 1984 nicht angeknüpft werden konnte und die Union Verluste hinnehmen mußte, wurde sie trotzdem als stärkste Kraft für Europa von den Wählern bestätigt.

### (2) Ausgangssituation und Rahmenbedingungen des Wahlkampfes

Hauptaufgabe des Europawahlkampfes war es, die Mitglieder und Anhänger der CDU zu mobilisieren. Hierbei ließ sich die Wahlkampfführung vom Prinzip „Mobilisieren durch Informieren“ leiten.

#### *Einstellungen zu Europa*

Untersuchungen, z. B. des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, wiesen nach, daß sich das Meinungsklima vor und während des Europawahlkampfes 1989 bei den Wählern im Hinblick auf Europa gegenüber 1984 deutlich gewandelt hat:

- Die ideelle Europabegeisterung ist einer nüchternen und stärker nach Nützlichkeitskriterien orientierten Bewertung der Europäischen Einigung gewichen. Hierbei spielt aufgrund des größeren Selbstbewußtseins der Deutschen die Frage der Durchsetzung deutscher Interessen eine wichtige Rolle.
- Bei der Europawahl hängt die Bereitschaft zu wählen vom Informationsstand der Wähler über europäische Fragen ab. Je größer der Informationsstand, desto weniger Vorbehalte gibt es gegenüber Europa und desto höher ist die Wahlbereitschaft.
- Die CDU wurde eindeutig von den Wählern als die Partei mit der größten europapolitischen Kompetenz eingeordnet; Bundeskanzler Helmut Kohl wurde mit weitem Abstand vor anderen Politikern aller Parteien als der kompetenteste und engagierteste Europapolitiker bezeichnet.

Die bereits im Herbst 1988 gefällte Entscheidung der Bundesgeschäftsstelle, den Europawahlkampf vor allem als Informations- und Mobilisierungswahlkampf zu führen, wurde durch diese wissenschaftlichen Erkenntnisse als richtig untermauert.

#### *Politische Rahmenbedingungen*

Die politischen Rahmenbedingungen des Europawahlkampfes 1989 entwickelten sich im Laufe des Frühjahrs und des Frühsommers bis zum Schluß des Wahlkampfes für die CDU sehr günstig:

- Die erfolgreiche europäische Ratspräsidentschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl schuf ein günstiges Meinungsklima im Hinblick auf die Europapolitik;
- der von der deutschen Ratspräsidentschaft ermöglichte Durchbruch zum europäischen Binnenmarkt 1992 lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die zukünftigen Herausforderungen und ermöglichte es, die großen Reformwerke der Bundesregierung als „Fitness-Programm“ für die Bundesrepublik Deutschland im großen europäischen Wettbewerb herauszustellen;



- die wirtschafts- und sozialpolitische Erfolgsbilanz wurde durch das günstige wirtschaftliche Wachstum, neue Rekordzahlen im Export sowie durch die entspanntere Lage am Arbeitsmarkt und die steigende Beschäftigung unterstrichen;
- in der Außen- und Sicherheitspolitik wurde durch den erfolgreichen Brüsseler NATO-Gipfel sowie die Besuche von Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow in Bonn die starke und international angesehene Stellung der Bundesrepublik Deutschland sichtbar gemacht.

Die Information der Wähler über die hervorragende Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl in der Innen-, Außen- und in der Europapolitik spielte während der gesamten Wahlkampfführung der Bundesgeschäftsstelle eine herausragende Rolle.

### **(3) Der Wahlkampf**

Der Europawahlkampf war als Informationswahlkampf angelegt, in dem innen- und europapolitische Argumente verknüpft wurden. Die inhaltlichen Schwerpunkte wurden durch vier miteinander verbundene Kampagnen gesetzt:

#### *Die Kompetenzkampagne*

In dieser Kampagne wurden die Bürger über die hervorragende Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl und die Kompetenz der CDU als Regierungspartei informiert. Diese Kampagne spielte während des gesamten Wahlkampfes eine herausragende Rolle. Sie begann bereits im Sommer 1988 durch die Bilanz der europäischen Ratspräsidentschaft der Regierung Helmut Kohl; Anfang 1989 startete die Bundesgeschäftsstelle als Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl die bundesweite Informationskampagne „Deutschland liegt gut im Rennen“.

Während des Hauptwahlkampfes verdeutlichte die Kompetenzkampagne, daß kein anderes Land in Europa wirtschaftlich, sozial und außenpolitisch so gut dasteht wie die Bundesrepublik Deutschland.

Für die einzelnen Phasen der Kampagne erarbeitete die Bundesgeschäftsstelle zahlreiche Informationsmaterialien und Verteilmittel.

#### *Die Kanzlerkampagne*

Die Kanzlerkampagne war für die Wahlkampfführung von besonderer Bedeutung, da kein anderer deutscher Politiker im In- und Ausland in der Europapolitik als kompetenter und engagierter gilt als Bundeskanzler Helmut Kohl. Unter dem Motto „Helmut Kohl ist der Kanzler der Europäischen Einigung“ verdeutlichte diese Kampagne den Wählern die besonderen Verdienste Helmut Kohls in der Europapolitik, aber auch seine Fähigkeit, hierbei deutsche Interessen wirkungsvoll durchzusetzen.

#### *Die Zukunftskampagne*

Als einzige Partei hat die CDU in ihrem Europawahlkampf ein klares Zukunftskonzept für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa vertreten. Im

Mittelpunkt dieser Zukunftskampagne standen die Chancen, aber auch die Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes. Hierbei wurde den Bürgern verdeutlicht, daß der Binnenmarkt für den Wohlstand und die soziale Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Wichtigkeit ist. Aber auch die Umweltpolitik, die gemeinsame europäische Forschungs- und Technologiepolitik sowie die Chancen für die Verwirklichung der europäischen Friedensordnung waren weitere Themenschwerpunkte.

#### *Die Angriffskampagne*

Diese Kampagne konzentrierte sich sowohl auf die Folgen rot-grüner Pakte als auch auf die Auseinandersetzungen mit den „Reps“. Die CDU verdeutlichte dabei die Mitverantwortung der SPD für das Erstarren des Radikalismus, weil sie mit den Grünen Koalitionen anstrebt, andererseits aber den Kampf gegen den Rechtsradikalismus vernachlässigt. In der Auseinandersetzung mit der SPD wurden vor allem die Folgen rot-grüner Pakte für den Bürger herausgestellt: Marsch in den politischen Neutralismus, Rückschritt in Europa, Ausstieg aus modernen Technologien, wirtschaftlicher Abstieg, mehr Schulden, sinkender Wohlstand.

Die CDU hat im Europawahlkampf die „Reps“ energisch bekämpft und jegliche Zusammenarbeit oder Koalition mit Rechtsradikalen ausgeschlossen. Mit ihrer klaren Abgrenzungs- und Angriffsstrategie hat die CDU im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Radikalismus einen wichtigen Beitrag geleistet.

### **(4) Zeitlicher Ablauf**

Der Wahlkampf gliederte sich in drei Phasen:

- *Die Informationsphase vom Oktober 1988 bis zum Januar 1989*

In dieser ersten Informations- und Einstimmungsphase wurde die Partei über die Europapolitik und die Europawahlen informiert sowie auf die Wahlkampfaktivitäten vorbereitet und eingestimmt. Die Grundlinie unserer Wahlkampffargumentation entstand.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesgeschäftsstelle für die Arbeit der Partei fünf UfD-Dokumentationen, zwölf „Euro-Infos“ und fünf Zeitungsanzeigen vorbereitet.

- *Der Vorwahlkampf vom Februar 1989 bis Pfingsten 1989*

Diese Phase stand unter dem Motto „Motivation durch Information“. In dieser Zeit entwickelte die Bundesgeschäftsstelle die Einzelheiten der Wahlkampfführung, unserer Argumente im Europawahlkampf und stellte die notwendigen Materialien zur Verfügung. Alle Parteigliederungen und Funktionsträger wurden über den Wahlkampf der CDU-Bundesgeschäftsstelle umfassend informiert. Mit ersten Veranstaltungen und Aktionen ging die CDU an die Öffentlichkeit.

Die Bundesgeschäftsstelle legte drei weitere UiD-Dokumentationen sowie als Hauptverteilungsmittel fünf Broschüren und Pockets vor.

– *Der Hauptwahlkampf von Pfingsten bis zum 18. Juni 1989*

Der Hauptwahlkampf mit der Konzentration aller werblichen Aktivitäten und den Großveranstaltungen begann Mitte Mai 1989. Er war mit einer Dauer von fünf Wochen der Endphase eines Bundestagswahlkampfes vergleichbar. Ziel war es, in diesen letzten Wochen eine hohe Mobilisierung der Unionsanhängerschaft zu erreichen. In dieser Zeit wurden eine Vielzahl von Fernseh- und Rundfunksports sowie Anzeigen und Flugblätter sowie die Wahlkampfzeitung „Deutschland am Wochenende“ fertiggestellt.

### (5) Die Wahlkampfslogans

Entsprechend der inhaltlichen Konzeption und der Phaseneinteilung des Europawahlkampfes wurden verschiedene Slogans verwendet. In der ersten Informationsphase verwendeten wir den Slogan „*Deutschlands Zukunft heißt Europa*“, der die nationale mit der europäischen Komponente verknüpfte und zugleich zukunftsorientiert war.

In der Vorwahlkampfphase eröffnete die CDU die Angriffskampagne gegenüber der SPD und den Radikalen von links und rechts mit dem Slogan „*Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade*“. Zusätzlich verwendete die CDU den Spruch „*Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert*“, der vor einer Protestwahl warnte; dies verdeutlichte auch der Appell: „*Mit seiner Stimme spielt man nicht*.“

Mit dem Slogan „*Im deutschen Interesse: Großes Europa, große Zukunft*“ ging die CDU in die Hauptwahlkampfphase. Zugleich wies die CDU mit der Aussage „*Christdemokraten bauen Europa*“ auf die großen europapolitischen Leistungen der CDU von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl hin. Mit dem Slogan des Hauptwahlkampfes verwies die CDU auf die großen politischen und wirtschaftlichen Perspektiven der Europäischen Einigung, die besonders im deutschen Interesse liegen, aber auch darauf, daß Europa größer ist als die Europäische Gemeinschaft.

Der Slogan der Kanzlerkampagne „*Im deutschen Interesse – Ja zu Europa*“ stellte Bundeskanzler Helmut Kohl als den engagiertesten und angesehensten Europapolitiker dar, dessen Politik Fortschritte und Erfolge für die Deutschen in Europa möglich gemacht hat. Eine letzte Mobilisierung leistete die Aufforderung „*Keine Experimente! Wählen gehen!*“.

### (6) Dokumentationen und Broschüren

Die Bundesgeschäftsstelle begann bereits im Laufe des Sommers und des Herbstes 1988, die Partei mit Materialien und Informationen für den beginnenden Europawahlkampf zu versorgen. Anzahl und Aufmachung der Europawahlkampfmaterialien waren den Bundestagswahlkampfmaterialien vergleichbar.

### a) UiD-Dokumentationen

- Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG (UiD 22/1988)
- Unsere Argumente für Europa (UiD 34/1988)
- Europäischer Binnenmarkt 1992: Herausforderung und Chance (UiD 40/1988)
- Mit Forschung Europa gewinnen (UiD 1/1989)
- In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz (UiD 2/1989)
- Deutschlands Zukunft heißt Europa (UiD 6/1989)
- Grenzenlose Umwelt – Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen (UiD 7/1989)
- Meinungsdaten im Vorfeld der Europawahl 1989 (UiD 10/1989)

### b) Broschüren/Pockets

- Deutschlands Zukunft heißt Europa
- Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch
- Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch
- Europas beste Seiten
- Europa von A – Z

### (7) Kongresse und Expertengespräche

In allen Phasen des Wahlkampfes führte die CDU-Bundesgeschäftsstelle europapolitische Veranstaltungen in Bonn durch:

#### *Kongresse der Bundesgeschäftsstelle*

- 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Frieden – Freiheit – Soziale Gerechtigkeit (18. Januar 1989)
- Europäisches Umweltforum (22. Februar 1989)
- Binnenmarkt 1992: Deutschlands Zukunft heißt Europa (12. April 1989)

#### *Expertengespräche des Bundesfachausschusses Europapolitik*

- „Handwerk und europäischer Binnenmarkt“ (30. Mai 1989)
- „Berufsbeamtentum und europäischer Binnenmarkt“ (1. Juni 1989)

### (8) Zentrale Wahlkampfveranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Ein organisatorischer Schwerpunkt lag in der Vorbereitung und Durchführung der zentralen Wahlkampfveranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden.

Die Einsatzplanung des Bundeskanzlers beruhte auf dem Konzept, in jedem Landesverband im Rahmen einer Großkundgebung präsent zu sein.

Bis auf Hamburg wurden alle Veranstaltungen des Bundeskanzlers als Freiluftveranstaltungen durchgeführt. Dadurch standen diese Kundgebungen verstärkt im Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen fanden zudem Pressegespräche des Bundeskanzlers mit

der jeweiligen Landespressekonferenz und Vertretern der Regional-Presse statt. Dies führte über die Veranstaltungsberichterstattung hinaus zu einer zusätzlichen Resonanz in den Medien. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die oftmals ausführliche Berichterstattung durch die jeweils regionalen Fernsehbetreiber.

Alle Veranstaltungsmaßnahmen mit Beteiligung des Bundeskanzlers wurden zentral durch die Hauptabteilung Organisation abgewickelt, die zudem auch für erforderlichen Bühnenaufbau, Lautsprecherübertragung, Plakatierung und Anzeigenschaltung sorgte.

Von den zentralen Wahlkampfveranstaltungen mit dem Bundeskanzler wurden vier als großangelegte Zielgruppenveranstaltungen durchgeführt.

Die werblichen Maßnahmen sahen wie folgt aus:

- 15 000 Kanzler-Ankündigungsplakate A0
- 12 000 Kanzler-Ankündigungsplakate A1
- 13 000 Sonderplakate zu den Zielgruppenveranstaltungen
- 160 000 Flugblätter im Rahmen aller zentralen Kanzler-Veranstaltungen

#### **(8.1) Zielgruppenveranstaltungen mit Beteiligung des Bundeskanzlers**

Mit Unterstützung der jeweiligen Landes- und Kreisverbände wurden folgende Zielgruppenveranstaltungen durchgeführt:

- 21.5.1989: **Aachen** (Marktplatz)  
 EUROPA-TAG '89 mit Beteiligung der Mittelstandsvereinigung NRW. Weitere Redner: Bundesminister Dr. Norbert Blüm und Ministerpräsident Wilfried Martens.  
 Veranstaltungsteilnehmer: ca. 3500
- 28.5.1989: **Ludwigshafen** (Ebert-Park)  
 „EUROPÄISCHES-FAMILIENFEST“ der CDU Rheinland-Pfalz. Weitere Redner: Ministerpräsident Dr. Carl-Ludwig Wagner, Landesvorsitzender Hans-Otto Wilhelm und der Vorsitzende der Christlich Sozialen Volkspartei Belgiens, Minister Jean Spautz.  
 Veranstaltungsteilnehmer: ca. 4500
- 3.6.1989 **Saarbrücken** (Deutsch-Französischer Garten)  
 „FAMILIENFEST DER CDU SAARLAND“. Weitere Redner: Bundesministerin Prof. Dr. Ursula Lehr, der ehem. Präsident des Europäischen Parlaments, Pierre Pflimlin, Landesvorsitzender Peter Jacoby.  
 Veranstaltungsteilnehmer: ca. 2500
- 16.6.1989: **Frankfurt** (Römerberg)  
 Zentrale Abschlußveranstaltung als „EURO-FEST AUF DEM RÖMERTERBERG“. Weiterer Hauptredner: Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann  
 Veranstaltungsteilnehmer: ca. 10 000

#### **(8.2) Zentrale Wahlkampfkundgebungen mit dem Bundeskanzler**

Weitere öffentliche Kundgebungen mit dem Bundeskanzler:

25.5.1989	Braunschweig (Burgplatz)	Teilnehmer ca. 5000
26.5.1989	Rendsburg (Altstädter Markt)	Teilnehmer ca. 3000
27.5.1989	Nürnberg (Hauptmarkt)	Teilnehmer ca. 4000
1.6.1989	Stuttgart (Marktplatz)	Teilnehmer ca. 6000
2.6.1989	Bremen (Domshof)	Teilnehmer ca. 6000
5.6.1989	Hamburg (Congress-Centrum)	Teilnehmer ca. 3000
15.6.1989	München (Marienplatz)	Teilnehmer ca. 10 000

#### **(9.) Die Werbekampagne**

*Zentrale Kampagnen und Maßnahmen für die Arbeit der Partei vor Ort*

Die werblichen und organisatorischen Maßnahmen der CDU-Bundesgeschäftsstelle entsprachen, vor allem in der Hauptwahlkampfphase nach Pfingsten, denen eines Bundestagswahlkampfes. Dies gilt sowohl für die zentral von der CDU-Bundesgeschäftsstelle durchgeführten Kampagnen und Maßnahmen wie z. B. den Anzeigen, der kommerziellen Plakatierung, den Fernseh- und Hörfunkspots sowie den Veranstaltungen, als auch für die Materialien und Werbemittel, die den Parteigliederungen vor Ort für Plakatierung und Verteilaktionen zur Verfügung gestellt wurden. Auflagenhöhen beispielsweise der Parteiplakate, der Wahlkampfzeitung „Deutschland am Wochenende“ und Flugblättern entsprechen denen zurückliegender Bundestagswahlkämpfe.

#### **(9.1) Neue Akzente der Wahlkampfführung**

*TV- und Hörfunkspots in den privaten Sendern*

Erstmals nutzte die CDU-Bundesgeschäftsstelle die neue medienpolitische Möglichkeit, Fernseh- und Hörfunkspots in den privaten Medien zu schalten. Neben der Belegung von großen privaten Hörfunksendern im gesamten Bundesgebiet wurden zahlreiche Fernsehspots in den privaten Fernsehsendern RTL plus, SAT 1, Tele 5 und Pro 7 ausgestrahlt. Bei der Gestaltung dieser Hörfunk- und Fernsehspots hat sich die CDU an den Hör- und Sehgewohnheiten des Publikums der privaten Sendeanstalten orientiert: 30-Sekunden-Spots liefern mit schnellen Schnitten und verdichteter Handlung komprimierte Wahlkampfinformation.

Neu war auch das Konzept der CDU-Fernseh-Spots für die 2.30-Minuten, die der CDU sowohl von den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten als auch von den Privatsendern SAT 1 und RTL plus je acht mal zur Verfügung gestellt wurden. Die CDU-Spots bestanden aus jeweils drei bis vier völlig eigenständigen Sequenzen, die es sowohl erlaubten, nach Aktualität und Bedarf unterschiedliche Sequenzen miteinander zu kombinieren, als auch einige Teile in der Länge unverändert als 30-Sekunden-Spots bei den privaten Fernsehanstalten im Rahmen der dortigen Werbeblöcke auszustrahlen. Die Spotsequenzen beinhalteten folgende Themenbereiche:

- Gefährdung von Wohlstand und Zukunft durch Radikale und SPD (Entschärfung der Zeitbombe)
- Christdemokraten bauen Europa
- Helmut Kohl als Kanzler der europäischen Einigung
- CDU als Vorreiter im Umweltschutz
- Wir sind gut vorbereitet für den Europäischen Binnenmarkt
- Werbung für die Briefwahl

#### *Kooperation mit Unternehmen beim „Euromarkt 2000“*

Ein Novum in Wahlkämpfen war die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen beim „Euromarkt 2000“, der Europa-Tournee der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Erstmals hat eine Partei eine Reihe von Unternehmen eingeladen, bestimmte Produkte oder Projekte im Rahmen einer bundesweiten Aktionstournee zu präsentieren. Insgesamt waren 25 Kooperationspartner aus der Wirtschaft am „Euromarkt 2000“ beteiligt – vom Luftfahrtkonzern MBB (Airbus-Modell, ECS-Satellit) über BMW (abgasfreies Batterie-Auto), Martman (Solarbatterien), OHB-System (Raumfahrttechnik), Hirschmann (Parabolantennen) bis zu mittelständischen Firmen wie IBC Solartechnik (Solaranlage) oder HJS Fahrzeugteile (Katalysator-Displaywand).

Vor dem Hintergrund des kommenden europäischen Binnenmarktes ging es der CDU bei der Europawahl-tournee „Euromarkt 2000“ darum, den Bürgern den Zukunftsmarkt Europa vor Augen zu führen und dabei die Botschaft zu vermitteln, daß wir mit modernen Technologien und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft unseren Wohlstand sichern und unsere Umwelt schützen können. Die Betonung von High Tech und europäischen Gemeinschaftsprojekten war zugleich geeignet, die CDU von rotgrüner Technikfeindlichkeit und rechtsradikalem Provinzialismus abzugrenzen.

Die Präsentation von „Zukunftstechnologie zum Anfassen“ hat darüberhinaus zu einem gegenüber traditionellen Rednerauftritten verstärktem Interesse der Medien beigetragen. Für das Publikum vor Ort, besonders für junge Menschen, war das Computerinformationsprogramm „Meine Frage an Europa“, bei dem individuelle Fragen zum Lernen, Studieren,

Arbeiten und Reisen in Europa beantwortet und die Antworten ausgedruckt werden konnten, eine besondere Attraktion. (Eine ausführliche Darstellung der Aktionstournee siehe unter 9.5)

#### **(9.2) Anzeigenkampagne**

Um eine aktuelle Wahlkampf-führung zu gewährleisten hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihre Anzeigenkampagne im wesentlichen auf die regionalen Tageszeitungen konzentriert. Alle regionalen Tageszeitungen wurden mit sechs bundesweiten Anzeigendurchgängen belegt. Dabei kamen folgende Motive zum Einsatz:

- 16.05. „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade“
- 30.05. „Willkommen in Deutschland, Präsident Bush“
- 06.06. „Weiter so, weniger Arbeitslose, mehr Arbeitsplätze“
- 09.06. „Warum wir für den Wohlstand kämpfen“
- 13.06. „Für Frieden und Freiheit in Europa. Auf gute Zusammenarbeit, Präsident Gorbatschow“
- 16.06. „Uns Deutschen ging's noch nie so gut.“  
Keine Experimente! Wählen gehen!

Darüber hinaus erfolgten Anzeigenschaltungen in den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie eine gesonderte Kampagne in der Bild-Zeitung. Zielgruppen wie die Landwirtschaft und der Mittelstand wurden mit einer spezifischen Anzeigenschaltung angesprochen. Zum ersten Mal belegte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch eine große Zahl ausgewählter Anzeigenblätter mit einer Wahlanzeige.

#### **(9.3) Plakatierung**

##### *Die kommerzielle Plakatierung*

Die kommerzielle Plakatierung umfaßte neben dem Großflächenanschlag auch die Aufstellung von Sondergroßflächen (Wesselmann-Stellen). Die Plakatierung der Sondergroßflächen begann direkt nach Pfingsten mit dem Sloganplakat „Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade“.

Die kommerzielle Großflächenplakatierung konzentrierte sich auf die beiden letzten Dekaden des Wahlkampfes, beginnend ab 26. Mai, und präsentierte zwei Plakatmotive. Die Slogangroßfläche „Im deutschen Interesse: Großes Europa, große Zukunft“ und das Kanzlerplakat „Im deutschen Interesse: Ja zu Europa“.

Der Gesamtumfang der kommerziellen Plakatierung entsprach den Größenordnungen einer Bundestagswahl.

##### *Parteiplakatierung*

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat den Kreisverbänden eine kostenlose Grundausstattung von insgesamt 3000 Parteiplakaten pro Kreisverband angeboten. Die Bestellungen seitens der Kreisverbände schöpften dieses Kontingent weitestgehend aus, so daß rund 700 000 Plakate ausgeliefert wurden.

Die Auslieferung der Parteiplakate, deren Motive den kommerziellen Großflächen (Sloganplakat und Kanzlerplakat) entsprachen, erfolgte noch vor Pfingsten, so daß direkt nach Pfingsten mit der Aufstellung der Plakatständer durch die Parteiliederungen begonnen werden konnte. Im Rahmen der Parteiplakatierung gab es, in Absprache mit den Europaabgeordneten bzw. Kreisverbänden, Kandidatenplakate. (siehe Kandidatenservice)

Neben den Parteiplakaten und aktuellen Wandzeitungen für die Schaukästen der Ortsverbände wurde für die Parteiliederungen ein Poster produziert, das in Anlehnung an die Figur des Paulinchens aus dem Struwelpeter die Warnung aussprach „Mit seiner Stimme spielt man nicht“.

Im Rahmen der Schlußmobilisierung erhielten die Kreisverbände einen Plakat-Überkleber, der, parallel zur Großflächenplakatierung, die Wähler zur Stimmabgabe aufforderte: „Keine Experimente! Wählen gehen!“

#### **(9.4) Deutschland am Wochenende**

Als aktuelles Wahlkampfinstrument erschien auch im Europawahlkampf die 16seitige Zeitung „Deutschland am Wochenende“. Das Wochenblatt bot eine bunte Mischung aus aktuellen politischen Informationen und informativer Unterhaltung zu europäischen Themen und kam am 2./3. Juni in einer Gesamtauflage von 13,28 Millionen Exemplaren zur Verteilung.

Vier Seiten der Zeitung standen den Landes- und Bezirksverbänden für die Darstellung der regionalen CDU-Politik und der Vorstellung der Europakandidaten zur Verfügung.

Insgesamt wurden durch die Bundesgeschäftsstelle 56 Wechelseiten für 19 regionale Bereiche produziert.

Nach Redaktionsschluß am Donnerstagnachmittag wurde die Zeitung Donnerstagnacht in elf verschiedenen Druckereien von Schleswig-Holstein bis Baden-Württemberg gedruckt.

Den Kreisverbänden stand eine kostenlose Grundaussstattung von 60 % Haushaltsdeckung zur Verfügung zur Verfügung.

Die Auslieferung erfolgte am Freitag in der Zeit von 6.00 Uhr bis 15.00 Uhr. Über 50 000 Mitglieder der CDU beteiligten sich an der Verteilung, die von Freitag bis Samstagmittag erfolgte.

Eine zweite Ausgabe von „Deutschland am Wochenende“ wurde in der letzten Woche von der Zentralredaktion für das Saarland produziert.

#### **(9.5) Euromarkt 2000**

Mit der Europawahlturnee „Euromarkt 2000“ hat die CDU vom 2. Mai bis zum 16. Juni in 90 Städten der Bundesrepublik Deutschland, von Hamburg bis nach Konstanz, Europas Zukunft direkt zu den Bürgern gebracht und dabei über eine halbe Million Menschen direkt angesprochen. Jeden Tag hat das

„Euromarkt“-Team sein futuristisches Sternenzelt in einer anderen Stadt aufgeschlagen und den Mandatsträgern der CDU, vom Stadtrat bis zum Europaparlamentarier, auf der „Euromarkt“-Bühne ein attraktives Forum zur Darstellung ihrer Politik geboten. Das jeweils ganztägige Programm mit Gesprächen, Live-Musik und Showelementen rund um Europa wurde von zwei Moderatoren präsentiert.

Thematische Schwerpunkte der Tournee waren vor allem Forschung und Umweltschutz. Dabei stand anschauliche Information im Mittelpunkt. Auf dem „Euromarkt 2000“ wurde Zukunftstechnologie zum Anfassen gezeigt – vom Satellitenfernsehen über kleine Solarkraftwerke bis zur Weltraumtechnik. Wer spezielle Fragen zu Europa hatte, die ihn persönlich betreffen, konnte die Antworten an einem Computer abfragen; zum Beispiel zur Anerkennung von Diplomen, zu Arbeitsmöglichkeiten in anderen EG-Staaten oder zum Reisen in Europa. Die Informationen konnten als individueller Computerausdruck gleich mitgenommen werden.

Um moderne Technologien präsentieren zu können, hat die CDU bei dieser Tournee erstmals mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft zusammengearbeitet. So hat zum Beispiel Thyssen ein Modell der Magnetschnellbahn „Transrapid“ vorgeführt, BMW hat ein abgasfreies Auto beige-steuert und MBB hat Modelle des Raumlabs „Spacelab“ und des europäischen Flugzeugs „Airbus“ zur Verfügung gestellt. Die Hardware für das Computerinformationssystem kam von der Firma Nixdorf. Neben Industrieunternehmen haben sich auf dem „Euromarkt 2000“ auch europäische Fremdenverkehrszentralen und der Fernsehsender „Tele 5“ präsentiert. Mit dem „Euromarkt 2000“ hat die CDU politische Werbung in neuer Form betrieben: Politische Themen wurden in Aktionen umgesetzt. Wir haben über Zukunftstechnologien nicht nur geredet, sondern wir haben sie auch vorgeführt.

Zusätzlich wurde auf dem „Euromarkt 2000“ der Themenbereich „Freizeit, Fitness und Reisen in Europa“ durch Kooperationen mit Unternehmen illustriert: Europäische Fremdenverkehrszentralen stellten Poster, Broschüren und Videos zur Verfügung, der Falk-Verlag spendierte Stadtpläne europäischer Metropolen als Preise für das Europa-Quiz, Volkswagen stellte ein Reisemobil vor, und auf einem Kettler-Trimm-Rad konnten die Besucher kräftig in die Pedale treten und am elektronischen Meßgerät sehen, ob sie ebensoviel Energie erzeugen können wie die daneben montierte Solaranlage.

Die beteiligten Kreisverbände haben vor Ort über politische Talk-Shows und Unterhaltungselemente die Beziehung zwischen Europa und der jeweiligen Stadt hergestellt. In den meisten Tourneeorten gab es eine Talk-Show mit dem Titel „Was bringt der Binnenmarkt für unsere Stadt?“. Dazu wurden neben Politikern auch zum Beispiel Vertreter von Handwerkskammern, Unternehmer und Betriebsräte eingeladen.

Abgerundet wurde der politische Teil des Programms stets mit aktuellen „Euromarkt-Nachrichten“, die täglich zur Mittagszeit von der Bundesgeschäftsstelle an die Touren übermittelt und auf der Bühne präsentiert wurden.

Die Kreisverbände sorgten auch für ein buntes Rahmenprogramm: Auf dem Karlsruher Rathausplatz etwa erklang zur Mittagszeit ein Vivaldi-Konzert, in Hameln stiftete eine Firma den Euromarkt-Besuchern 1000 Portionen Pudding, in Bremerhaven trat ein ganzer Schulchor nebst Orchester auf, und in Kassel wurde der „Euromarkt 2000“ von Fallschirmspringern mit Europa-Flaggen eröffnet. Aber auch das täglich mehrmals von den Moderatoren veranstaltete Europa-Quiz erwies sich überall als Publikumsmagnet.

Grundidee der Tournee war es, die Menschen dort anzusprechen, wo sie sich ohnehin befinden. So stand der „Euromarkt 2000“ in Hamburg auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz an der Mönckebergstraße, in Frankfurt vor der Alten Oper, und in Stuttgart auf dem Schloßplatz. Aber auch in kleineren Städten gelang es in der Regel, im Laufe des Tages mehrere tausend Menschen direkt zu erreichen. So konnten zum Beispiel an Sonntagsterminen in Travemünde und Heidelberg zahlreiche Touristen angesprochen werden.

Zu den Rednern auf dem „Euromarkt 2000“ zählten neben den Europakandidaten unter anderem Helmut Kohl, Heiner Geißler, Norbert Blüm, Walther Leisler Kiep, Hanna-Renate Laurien, Ursula Lehr, Heinz Riesenhuber, Wolfgang Schäuble, Christian Schwarz-Schilling, Lothar Späth, Lutz Stavenhagen, Rita Süsmuth, Klaus Töpfer und Carl-Ludwig Wagner.

#### **(9.6) Kandidatenservice**

Im Kandidatenservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden 42 Kandidaten ab dem Zeitpunkt der Nominierung betreut.

Bereits im Mai 1988 wurde in der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit für Europaabgeordnete und CDU-Verbände ein ständig besetztes Europatelefon eingerichtet. Dieses Telefon stand auch allen Kandidaten und ihren persönlichen Mitarbeitern als Kandidatentelefon zur Verfügung und wurde vor allem zur Beratung in Fragen der persönlichen Wahlkampf-führung in Anspruch genommen.

Für ihre Arbeit vor Ort erhielten die Europakandidaten von der Bundesgeschäftsstelle:

##### *Kandidatenprospekt*

Den Kandidaten wurde die Möglichkeit gegeben, sich und ihre politischen Aktivitäten in einem vierseitigen Farbprospekt darzustellen. In der Bundesgeschäftsstelle wurden die zugesandten Manuskripte zur Veröffentlichung überarbeitet und die Prospekte individuell gestaltet. Allen Kandidaten wurde eine kostenlose Grundausrüstung von 20.000 Exemplaren zur Verfügung gestellt. Zusatzbestellungen wurden von fast allen Kandidaten geordert.

##### *Kandidatenplakat*

Die Bundesgeschäftsstelle produzierte für jeden Kandidaten ein Wahlkampfplakat. Die Kandidaten hatten die Entscheidung zwischen

- einem Kandidatenplakat mit dem gemeinsamen Portrait mit Bundeskanzler Helmut Kohl
- oder einem Kandidatenplakat nur mit ihrem Portraitfoto

Die Kreisgeschäftsstellen konnten Kandidatenplakate im Rahmen der kostenlosen Grundausrüstung von insgesamt 3000 Wahlkampfplakaten in den Größen DIN A0 und DIN A1 bestellen.

Es wurden insgesamt 262 890 Kandidatenplakate produziert.

Den Kandidaten wurden darüber hinaus spezielle Kleinwerbmittel angeboten.

Die Kandidaten erhielten im Verlauf des Wahlkampfes folgende Dienstleistungen:

##### *Kandidatenseminar*

Bereits Ende Januar 1989 wurden die Kandidaten im Rahmen eines eintägigen Seminars in Bonn von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und weiteren Experten über die Wahlkampfplanungen der CDU informiert.

##### *Fotoservice*

Die überwiegende Zahl der Kandidaten nahm an einem eigens einberaumten Fototermin mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn teil.

Zusätzlich wurde allen Kandidaten die Möglichkeit gegeben, sich von einem Portraitfotografen in Straßburg oder in Bonn ablichten zu lassen.

Bei der Auswahl der Fotos für:

- Kandidatenprospekt
  - Kandidatenplakat
  - Kleinwerbmittel
  - persönliche Wahlkampfwerbung
- wurden die Kandidaten individuell beraten.

##### *Informationsservice*

Die Kandidaten, ihre Wahlkampfbeauftragten und die zuständigen Kreisgeschäftsführer erhielten laufend aktuelles Informationsmaterial zu wichtigen politischen Themen. Ferner wurden den Kandidaten Zielgruppenbriefe

- Senioren
- Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer
- Landwirtschaft
- Mittelstand
- Erstwähler sowie

Flugblattvorlagen und Druckvorlagen zugestellt.

Im Laufe des Wahlkampfes erhielten die Kandidaten Briefe und Fragebögen der verschiedensten Verbände, zu denen Antwortschreiben erarbeitet wurden.

### **(9.7) Briefwahlkampagne**

Besonderes Augenmerk hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf die Briefwähler gelegt, da die CDU erfahrungsgemäß den größten Stimmenanteil bei diesen Wählern aufweist. In allen Werbematerialien, vor allem auch in den Fernseh- und Hörfunkspots sowie in den Anzeigen, wurde deshalb auf die Möglichkeit der Briefwahl hingewiesen. Hauptinstrument der Briefwahlkampagne war ein Briefwahlprospekt in Millionenaufgabe, der durch integriertes Antragsformular und Briefumschlag die Beantragung der Briefwahlunterlagen so einfach wie möglich machte. Den Kreisverbänden wurde dieser Prospekt in einer Sonderaktion angeboten, um eine breite Verteilung zu erreichen.

### **(9.8) Aktueller Flugblattservice**

In der Hauptwahlkampfphase wurden den Kreisverbänden für Verteilaktionen pro Woche jeweils mehrere aktuelle Flugblätter als Druckvorlage zur Verfügung gestellt. Die Inhalte der Flugblätter orientierten sich im wesentlichen an den parallel laufenden Anzeigen. Insgesamt standen den Parteigliederungen während des Hauptwahlkampfes 14 aktuelle Flugblattvorlagen zur Verfügung.

#### *Themenbeispiele:*

- Großes Europa, große Zukunft
- Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand
- Frieden sichern, Freiheit sichern
- Helmut Kohl, Kanzler des Friedens und der Abrüstung
- Uns Deutschen ging's noch nie so gut
- Die Deutschen sind Weltmeister im Export
- Weniger Arbeitslose – Mehr Arbeitsplätze

### **(9.9) Information der CDU-Funktions- und Mandatsträger**

Das zentrale innerparteiliche Informationsmedium war – wie bei allen Bundestags- und Europawahlen – auch diesmal wieder der UiD. Seine Erscheinungsweise – einmal wöchentlich – macht ihn nach wie vor zum schnellsten und zuverlässigsten Transportmittel nicht nur für die politische Argumentation, sondern vor allem für Informationen über Wahlkampfmaßnahmen und Wahlkampfwerbemittel. Bei unveränderter Druckauflage (27.000 Exemplare) ist der Umfang des UiD für diesen Zweck wesentlich erweitert worden, weil die Berichterstattung über die wichtigen wahlunabhängigen Themen uneingeschränkt weiterlief.

Als Wahlkampf-Informationsdienst unterstützte der UiD den redaktionellen Wahlkampf der Bundesgeschäftsstelle im einzelnen

- mit den Verlautbarungen des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers zur Wahlkampfleitung und zu allen Wahlkampfmaßnahmen,
- mit dem dreimal aktualisierten und auf die Europawahl abgestimmten Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle,

- mit der ausführlichen Vorstellung der jeweils neuesten Informations- und Verteilmittel,
- insbesondere mit der flankierenden Unterstützung der Kampagne für die Briefwahl,
- mit einer Serie von Europa-Stichworten, die der Erläuterung wichtiger Europa-Themen dienen,
- und mit Dokumentationen im grünen Teil, die alle wichtigen Themenfelder des Europawahlkampfes abdeckten. Sie wurden in zum Teil erheblicher Mehrauflage auch über den Kreis der UiD-Bezieher hinaus allen anderen Wahlkämpfern in der Partei zugänglich gemacht.

Insgesamt waren Europa und der Europawahlkampf Schwerpunkt-Themen der UiD-Ausgaben 2/89 von Mitte Januar, 10/89 von Mitte März und 15/89 von Anfang Mai sowie aller weiteren Ausgaben vor dem Wahltermin. Begonnen hat der Europa-Wahlkampf im UiD bereits Oktober 1988 mit der Sonderausgabe „Europa '89“ (34/88) und der Dokumentation „Unsere Argumente für Europa“.

### **(9.10) Information der Mitglieder (Deutsches Monatsblatt)**

Bereits seit Ende 1988 informierte das deutsche Monatsblatt ausführlich über die Bedeutung der Europawahl. In einem Wettbewerb wurden die Mitglieder der CDU aufgefordert, Vorschläge für einen Wahlkampflogan einzusenden. Über 3000 Einsendungen zeigten das große Interesse der CDU-Basis für den Europawahlkampf.

Die Darstellung der politischen Wahlkampfziele, die Vorstellung der Informations- und Werbematerialien und der Informationstournee „Euromarkt 2000“ nahmen im Deutschen Monatsblatt breiten Raum ein. Ebenso die Berichterstattung über die Wahlkampfleitung der Spitzenpolitiker der CDU, vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler.

Als zusätzliche Service-Leistung wurde den Mitgliedern der CDU angeboten, über Coupons „Info-Pakete“ mit ausgewählten Werbe- und Informationsmaterialien zu bestellen.

### **(9.11) Redaktioneller Dienst „CDU-Info-Service“**

Der Pressedienst „Info-Service“ als Informationsdienst der Bundesgeschäftsstelle für Redakteure von lokalen und regionalen CDU-Zeitungen hat im Rahmen des Europawahlkampfes aktuelle Nachrichten über die Europapolitik sowie verschiedene Hinweise auf die Briefwahlmöglichkeit angeboten.

### **(9.12) Werbematerialien des Europawahlkampfes**

Die nachfolgenden Europa-Werbemittel wurden im Europawahlkampf 89 über das IS-Versandzentrum produziert.

- Europas beste Seiten, Magazin	96 150
- Europa von A – Z, Broschüre	141 825
- Briefwahlprospekt	2 000 000
- Bilanz der deutschen EG-Ratspräsidentschaft, UiD-Doku.	4 500

- Argumente für Europa, UiD-Doku.	9 500
- Europäischer Binnenmarkt, UiD-Doku.	8 500
- Vorreiter im Umweltschutz, UiD-Doku.	8 900
- Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz durch, Broschüre	20 100
- Deutschlands Zukunft heißt Europa, Broschüre	20 640
- Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch, Broschüre	20 275
- Regierungserklärung für die 90er Jahre, UiD-Doku.	10 350
- Mit seiner Stimme spielt man nicht, Poster	15 300
- Eine Million neue Arbeitsplätze, Plakat	16 500
- Autoabfalltüte	100 000
- Bleistift-Europa	198 950
- Aufkleber-Europasignet	247 000
- Papierfähnchen „Europa“	408 950
- Luftballon „Europa“	661 000
- Wasserball	10 368

## 10. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

Die Hauptabteilungen Organisation und Öffentlichkeitsarbeit haben im Berichtszeitraum die Landesverbände Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein in den Landtagswahlkämpfen unterstützt. In enger Abstimmung mit den Landesgeschäftsstellen wurde beispielsweise der „Zentrale Bundesredner-Einsatz“ abgewickelt. Zur Unterstützung der Bundesredner wurden für 165 Einsätze Fahrer mit angemieteten PKW eingesetzt (Fahrleistung insgesamt 139.722 km). Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat vor allem redaktionelle Zuarbeit zum „Baden-Württemberg-Kurier“ geleistet.

### Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März 1988

Im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg wurden 65 Bundesredner – davon 14 Repräsentanten der CSU – vermittelt, die insgesamt rund 700 Einsatztermine wahrgenommen haben. Im Rahmen der werblichen Maßnahmen für diese Veranstaltungen wurden über die Bundesgeschäftsstelle 42.850 Redner-Ankündigungsplakate abgerufen.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat für die zwei Ausgaben des „Baden-Württemberg-Kurier“ die Texte für die Kandidatenseiten redaktionell bearbeitet und individuell gestaltet. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1987 mit einer Auflage von rund einer Million Exemplaren und 38 individuell gestalteten Zeitungsseiten für 44 Kandidaten. Die zweite Ausgabe wurde mit einer Auflage von rund zwei Millionen im Februar 1988 verteilt. Bei dieser zweiten Ausgabe des „Baden-Württemberg-Kurier“ wurden 43 Kandidaten auf 37 Zeitungsseiten individuell vorgestellt.

### Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 1988

Im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein haben durch Vermittlung des „Zentralen Bundesredner-Einsatzes“ 35 Politiker – darunter auch Repräsentanten der CSU – insgesamt 130 Veranstaltungen bestritten. Dafür haben die Kreisverbände rund 1700 Redner-Ankündigungsplakate bestellt.

Der Spitzenkandidat Heiko Hoffmann wurde in den aktuellen Publikationen wie dem Deutschen Monatsmagazin und dem Deutschen Monatsblatt besonders herausgestellt.

### Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989

Im Rahmen des Bundesredner-Einsatzes wurden im Zeitraum vom 14. Dezember 1988 bis zum 27. Januar 1989 von neun Bundespolitikern, davon drei von der CSU, 27 Veranstaltungen bestritten. Insgesamt wurden 2200 Rednerankündigungsplakate über die Bundesgeschäftsstelle bestellt.

In den beiden Monaten vor der Landtagswahl organisierte ein Mitarbeiter der HA Öffentlichkeitsarbeit vor Ort in Berlin die zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen, die der Regierende Bürgermeister mit seinem ‚Dieppen-Team‘ durchführte. Außerdem wurden unterschiedliche Veranstaltungen im Wahlkreis von Eberhard Dieppen organisiert sowie das Bühnenprogramm der zentralen Großkundgebung in der Deutschlandhalle am 15. Januar betreut.

### Veranstaltungen des Parteivorsitzenden

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl hat im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg auf acht Großveranstaltungen mit insgesamt 22 000 Teilnehmern gesprochen; im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein war der Bundeskanzler Hauptredner auf sechs Veranstaltungen mit insgesamt 8000 Teilnehmern. Die organisatorische Vorbereitung dieser Veranstaltungen hat die Hauptabteilung Organisation in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden abgewickelt.

Im Rahmen des Wahlkampfes in Berlin hat der Parteivorsitzende eine Veranstaltung in der Berliner Deutschlandhalle durchgeführt, an der 10 000 Menschen teilnahmen. Die Veranstaltung wurde zusammen mit dem Landesverband Berlin organisiert.

## 11. Personal/Verwaltung

Die angespannte Finanzsituation der Bundespartei hat dazu geführt, daß in der Vergangenheit freierwerdende Stellen – soweit vertretbar – nicht wieder besetzt wurden. Der Personalbestand der CDU-Bundesgeschäftsstelle liegt – bereits unter Einschluß von Mutterschutz- und Erziehungsurlaubsfällen sowie Vorruheständlern – deutlich unter 200 (davon 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesgeschäftsstellen der Vereinigungen, die im Konrad-Adenauer-Haus angesiedelt sind).



Die vom CDU-Bundesvorstand beschlossene mittelfristige Finanzplanung zwingt zu einer weiteren Personaleinschränkung. Nicht alle gewohnten Serviceleistungen können von der CDU-Bundesgeschäftsstelle voll erbracht werden, wenn der Personalbestand weiter fällt.

Inzwischen ist es auch weitgehend gelungen, die Funktionen der im Bereich der CDU-Bundespartei angesiedelten Wirtschaftsunternehmen (Konrad-Adenauer-Haus KG, Union Betriebs GmbH und Neue Casino Gesellschaft mbH) mit zu übernehmen, also auch hier Personal einzusparen.

Im Jahre 1989 werden erneut zwei Tagungen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei stattfinden, so wie dies von der Organisationskommission empfohlen wurde.

In Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde die Betreuung der CDU Arbeits- und Betriebsgruppen bei obersten Bundesbehörden intensiv fortgeführt, im Europawahlkampf kam eine verstärkte Unterstützung der Kontaktgruppen in Luxemburg und Brüssel hinzu.

Im Bereich der Personalplanung, wo „Angebot und Nachfrage“ bei Stellen im politisch relevanten Bereich zusammengeführt werden, wird in den kommenden Monaten eine neue Erfassungsaktion durchgeführt, um auch jüngeren Parteimitgliedern die Möglichkeit geben zu können, Hinweise zu erhalten. Besonderes Schwergewicht der letzten Monate lag auf der Vermittlung qualifizierter weiblicher Parteimitglieder für politisch relevante Posten. Leider konnten nicht alle Nachfragen befriedigt werden.

Die Änderung der für das Finanzwesen der Parteien geltenden Rechtsvorschriften waren Anlaß für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden, es hat eine intensive Beratung durch die Bundespartei auf dem Gebiet der Rechenschaftslegung stattgefunden. Darüber hinaus haben zentrale Formulare und Leitfäden die Arbeit der Gliederungen der Partei erleichtert. Die diesjährigen Gespräche mit zahlreichen Verbänden und mit unseren Wirtschaftsprüfern zeigen, daß immer noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung der komplizierten Rechtsmaterie bestehen. Hieraus folgt, daß auch in Zukunft der Beratung durch die Bundespartei noch größere Bedeutung zukommt.

Die Bundespartei hat für die ehrenamtlich tätigen Helfer einen Rahmenvertrag über den Unfallversicherungsschutz mit der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft abgeschlossen. Darüber hinaus besteht Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich tätige CDU-Mitglieder bei Invalidität und Tod, sowie eine Haftpflichtversicherung, die sehr häufig in Anspruch genommen werden mußte.

Bei der Abwicklung von Schadensfällen hat sich in den meisten Fällen die zentrale Bearbeitung durch die Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle als vorteilhaft für die Anspruchsteller erwiesen. Die zunehmende Zahl von Fragen zum Versicherungswesen – auch zur Vorbereitung von Veranstaltungen – zeigt,

daß insbesondere bei den Kreis- sowie Stadt- und Gemeindeverbänden ein erheblicher Bedarf für diesen Service besteht.

## **12. Referentenvermittlung**

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielt im Berichtszeitraum 146 Anfragen (1987/1988 = 49, 1988/1989 = 97). Insgesamt haben 156 Vertreter der CDU (1987/1988 = 46, 1988/1989 = 110) die hieraus resultierenden Termine wahrgenommen. 30 Anfragen (1987/1988 = 3, 1988/1989 = 27) wurden an andere zuständige Stellen weitergeleitet. Die höhere Zahl von Vermittlungen und Weiterleitungen ergibt sich aus Mehrfachbenennungen, da zum Teil zwei und mehr Vertreter der CDU an einer Veranstaltung teilgenommen haben.

## **13. Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus**

Im Berichtszeitraum wurden 236 Gruppen mit 10 496 Personen betreut. Zusätzlich wurden 180 Einzelbesucher sowie „Kleingruppen“ aus der Partei mit dem Haus und den Aufgaben der CDU bekannt gemacht. – Seit Mitte 1987 bieten wir im Rahmen des Besucherdienstes zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen und Vorträge an. Dieses Angebot wird von den Besucherguppen stark genutzt.

## **14. Organisationsberatung/Information**

Die Hauptabteilung Organisation kümmert sich um die Beratung der Parteigliederungen in Organisationsfragen. Großes Interesse besteht bei den Landes- und Kreisverbänden an Informationen und Abstimmungen bei Beschaffungsmaßnahmen, vornehmlich der technischen Ausstattung. Die Bundesgeschäftsstelle leistet mit dieser Beratung einen Beitrag zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Gesamtpartei; sie wurde in 134 Fällen tätig. Auch in wahlkampforganisatorischen Fragen hat die Bundesgeschäftsstelle die Parteigliederungen unterstützt.

Im Rahmen eines Ausbildungsgangs für neu eingestellte Kreisgeschäftsführer in verschiedenen Landesverbänden sowie für Fachreferenten der CDU-Landtagsfraktionen wurden mehrere Mitarbeiter jeweils für einige Tage in der Bundesgeschäftsstelle mit den Aufgaben der einzelnen Abteilungen vertraut gemacht.

Mit befreundeten ausländischen Parteien sind im Berichtszeitraum vier Seminare und Informationsgespräche durchgeführt worden.

Die Kontakte zu den Firmen, mit denen Rahmenverträge abgeschlossen sind, wurden verstärkt und die Marktbeobachtung und Messebesuche im Interesse der Gliederungen fortgesetzt.

## **15. Veranstaltungsservice im Konrad-Adenauer-Haus**

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Haus KG wurden wiederum technische Dienstleistungen für die im Kongreßzentrum des Konrad-Adenauer-Hauses stattfindenden Veranstaltungen erbracht. Dabei wurden insgesamt mehr als 750 Veranstaltungen betreut; es handelte sich sowohl um Parteiveranstaltungen als auch um Tagungen von Dritten.

# III. Die Mitgliederentwicklung in der CDU

## 1. Die Mitgliederzahlen der CDU im lang-jährigen Trend

Im Berichtszeitraum hat sich der seit 1984 stattfin-

dende Rückgang der CDU-Mitgliederzahlen fortgesetzt. Im Berichtszeitraum sind 28.947 neue Mitglieder der CDU beigetreten, was aber die Zahl der Mitgliederabgänge nicht ausgleichen konnte.

Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971  
(jeweils Jahresende)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	
Mitglieder	355 745	422 968	457 393	530 500	590 482	652 010	
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4	
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3	
	1977	1978	1979	1980	1981	1982	
Mitglieder	664 214	675 286	682 781	693 320	705 116	718 889	
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0	
Index 1971 = 100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1	
	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 (30.06)
Mitglieder	734 555	730 395	718 590	714 089	705 821	676 747	668 115
Veränderung zum Vorjahr %	+ 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,6	- 1,2	- 4,3	- 1,1
Index 1971 = 100	206,5	205,3	202,0	200,7	198,4	190,0	187,8

## 2. Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand Jahresende 1988	Mitgliederstand 30.06.1989	Differenz
Baden-Württemberg	92 976	92 427	- 549
Berlin	14 850	14 862	+ 12
Bremen	3 826	3 740	- 86
Hamburg	14 218	13 614	- 604
Hessen	66 575	65 467	- 1108
Braunschweig	10 147	9 947	- 200
Hannover	73 984	72 787	- 1197
Oldenburg	18 277	18 000	- 277
Nordrhein-Westfalen	242 928	239 780	- 3148
Rheinland-Pfalz	74 284	73 958	- 326
Saar	27 667	27 273	- 394
Schleswig-Holstein	37 015	36 260	- 755
Insgesamt	676 747	668 115	- 8632

### 3. Dauer der CDU-Mitgliedschaft

Knapp 20 % der Parteimitglieder sind der CDU nach der Regierungsübernahme 1982 beigetreten. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder wurde CDU-Mitglied in einer Zeit, als die CDU in Bonn in der Opposition stand. Nur etwa ein Viertel der CDU-Mitglieder war bereits in der Partei, als diese 1969 noch die Regierung gestellt hat, und weniger als 8 % besaßen bereits in den 50er Jahren den CDU-Mitgliedsausweis.

Dauer der Mitgliedschaft 30.06.1989	Mitglieder Prozent
bis unter 2 Jahre	4,4
2 bis unter 4 Jahre	7,2
4 bis unter 6 Jahre	6,8
6 bis unter 8 Jahre	9,0
8 bis unter 10 Jahre	7,5
10 bis unter 15 Jahre	23,0
15 bis unter 20 Jahre	23,4
20 bis unter 25 Jahre	7,7
25 bis unter 30 Jahre	5,3
30 Jahre und mehr	5,6
ohne Angaben	0,1
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	13,8

### 4. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

Vergleicht man die Gesamtheit der CDU-Mitglieder im Jahre 1989 mit den Neumitgliedern des gleichen Jahres, ist eine Annäherung der Sozialstruktur der CDU-Mitglieder an die der Bevölkerung feststellbar.

Während der Anteil der Frauen am gesamten Mitgliederbestand der CDU 1969 noch bei 13,1 % gelegen hatte, liegt er 1989 bereits bei 22,8 %. Unter den Neumitgliedern befinden sich 1989 sogar 31,1 % Frauen; im Jahre 1970 betrug der Anteil der weiblichen Neumitglieder nur 17,3 %.

Das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder liegt 1989 bei 39,8 Jahren, mehr als 11 Jahre unter dem der gesamten Mitgliedschaft (51,3 Jahre). Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Neumitglieder bis 39 Jahre (52,8 %).

Der Anteil der Katholiken an der Gesamtmitgliederszahl liegt bei 58,8 %, der der Protestanten bei 34,2 %. Unter den Neumitgliedern des Berichtszeitraumes stellen die Protestanten 32,7 %. Keiner Glaubensgemeinschaft gehören 3,7 % der Neumitglieder an.

Die Angestellten sind 1989 mit 28,2 % die größte Berufsgruppe unter den CDU-Mitgliedern. Der Anteil der Selbständigen beträgt 23,7 %, bei den Neumitgliedern nur noch 18,1 %. Der Anteil der Beamten unter den CDU-Mitgliedern beträgt 12,7 %, unter den Neumitgliedern 9,9 %. In Ausbildung befinden sich 6,7 % der CDU-Mitglieder; bei den Neumitgliedern sind es 12,9 %.

Alle genannten Tendenzen führen zu einer angemesseneren Vertretung relevanter sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft der CDU und unterstreichen damit deren Charakter als moderne Volkspartei.

Struktur der Mitglieder- und Neumitglieder zum Jahresende 1988

	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Männer	77,2	68,9
Frauen	22,8	31,1
-24 Jahre	2,6	16,6
25-29 Jahre	3,8	11,2
30-39 Jahre	13,3	25,0
40-49 Jahre	24,6	23,8
50-59 Jahre	26,6	13,3
60-69 Jahre	17,4	6,3
70 Jahre und älter	11,2	3,0
Durchschnittsalter	51,3	39,8
Männer		
-29 Jahre	7,1	31,9
30-59 Jahre	67,2	59,8
60 Jahre und älter	25,6	8,2
Durchschnittsalter	50,2	38,3
Frauen		
-29 Jahre	6,5	19,9
30-59 Jahre	59,8	59,9
60 Jahre und älter	33,6	20,1
Durchschnittsalter	51,9	44,7
evangelisch	34,2	32,7
katholisch	58,8	54,7
sonstige	0,4	0,6
ohne Bekenntnis	2,8	3,7
	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Selbständige	23,7	18,1
Arbeiter	9,5	8,0
Angestellte	28,2	27,1
Beamte	12,7	9,9
Rentner/Pensionäre	4,7	6,3
Hausfrauen	11,3	11,8
in Ausbildung	6,7	12,9

## IV. Politischer Arbeitskalender

9. November 1987	35. CDU-Bundesparteitag in Bonn	19. Februar 1988	„Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ – Pressekonferenz des Generalsekretärs zum Diskussionsentwurf der vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission
27. November 1987	1. Sitzung der Kommission „Ländlicher Raum“		
30. November 1987	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu Verlauf und Ergebnissen seiner Reise nach Argentinien und Chile	20./21. Februar 1988	16. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung: „Leben wagen – Zukunft gewinnen“ (Umbenennung in Frauen-Union)
7. Dezember 1987	Bundesausschuß der CDU		
17. Dezember 1987	Plenarsitzung der Kommission „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“	24. Februar 1988	Expertengespräch: „Herausforderung Pflege – Chance zu neuer Arbeit“
15./16. Januar 1988	Klausurtagung der Kommission „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“	7. März 1988	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zur Frauenpolitik der Bundesländer
18. Januar 1988	Pressekonferenz des Generalsekretärs zur Steuer- und Finanzpolitik	10. März 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation zur Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Europapolitik
20. Januar 1988	Sitzung der Kommission zur innerparteilichen Gleichstellung der Frauen	21. März 1988	Pressekonferenz des Parteivorsitzenden – mit Ministerpräsident Lothar Späth – zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Baden-Württemberg
22./23. Januar 1988	Die Kommission „Das Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ führt eine Klausurtagung in Königswinter durch	5.–7. April 1988	Zur Unterstützung des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes führt der Bundesfachausschuß „Agrarpolitik“ eine Aktion im ländlichen Raum mit einer Reihe von Veranstaltungen, Besichtigungen und Gesprächen unter Beteiligung von Agrarpolitikern des Bundes und der Länder durch.
2. Februar 1988	Expertengespräch: „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“	6. April 1988	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Umwelt „Gefährdungshaftung und Umwelthaftpflichtversicherung“
2. Februar 1988	Der Generalsekretär erörtert wichtige politische Zukunftsaufgaben mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse	14. April 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland
8. Februar 1988	Plenarsitzung der Kommission „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“		
9. Februar 1988	Die Kommission „Das Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ verabschiedet ihren Entwurf		
18. Februar 1988	„Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“ – Pressekonferenz des Generalsekretärs zum Diskussionsentwurf der vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission		

14. April 1988	„Freiheit – Sicherheit – Zusammenarbeit. Außenpolitik für die Zukunft Deutschlands.“ – Außenpolitischer Kongreß der CDU in Bonn	28. Mai 1988	Beschluß des Bundesfachausschusses Umwelt „Mehr Umweltvorsorge durch Umwelthaftungsrecht“
14. April 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Entwicklungspolitische Leistungsbilanz der Bundesregierung“	31. Mai 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie mit dem Vorstand der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD)
20. April 1988	Gründungskongreß der Senioren-Union	1. Juni 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Jugendpolitik mit dem Vorstand der BUND-Jugend
21. April 1988	Veröffentlichung des Leitantes des CDU-Bundesvorstandes an den 36. Bundesparteitag „Unsere Verantwortung in der Welt. Christlich-demokratische Perspektiven zur Deutschland-, Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik“ (vom Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 17./18. April 1988 verabschiedet)	8. Juni 1988	Pressekonzferenz des Generalsekretärs zum Bundesparteitag in Wiesbaden
28. April/5. Mai 1988	Veröffentlichung von zwei CDU-Dokumentationen zum Außenpolitischen Kongreß der CDU in Bonn am 14. April 1988	10. Juni 1988	Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik „Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
6. Mai 1988	Rechtspolitische Tagung: „Recht sichert die Freiheit“ (20 Jahre Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen)	13./15. Juni 1988	36. Bundesparteitag in Wiesbaden. Die CDU beschließt auf dem Bundesparteitag und auf zwei nachfolgenden Bundesausschußsitzungen (12. und 26. September) Programmaussagen zur Außen- und Deutschlandpolitik, zum Schutz des Lebens und der Würde des Menschen, zur Wirtschaftspolitik, zur Familienpolitik und zur Sozialpolitik.
9. Mai 1988	Pressekonzferenz des Parteivorsitzenden – mit Dr. Gerhard Stoltenberg und Heiko Hoffmann – zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Schleswig-Holstein	30. Juni 1988	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Familiensplitting“
16. Mai 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit dem Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Gerhard Fels, über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland	1. Juli 1988	Fachgespräch des Bundesfachausschusses Sozialpolitik zur europäischen Sozialpolitik
19. Mai 1988	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Leitantes des CDU-Bundesvorstandes an den 36. Bundesparteitag „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“	8. Juli 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG“
26. Mai 1988	Die Antragskommission des 36. Bundesparteitages tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen.	2. August 1988	Öffentliche Expertenanhörung des Bundesfachausschusses Umwelt „Nordsee“
		12. August 1988	Beschluß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik zur internationalen Schuldenkrise
		22. August 1988	Pressekonzferenz des Generalsekretärs zur Auseinandersetzung mit den Anträgen für den nächsten SPD-Bundesparteitag

26. August 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Energiepolitik mit Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer über die friedliche Nutzung der Kernenergie	12. Oktober 1988	Veröffentlichung einer Stellungnahme des Bundesfachausschusses Jugendpolitik zum Referentenentwurf eines Sozialgesetzbuches – Jugendhilfe – des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
5. September 1988	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den Ergebnissen der Bundesvorstandssitzung	20. Oktober 1988	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen vor der Reise des Bundeskanzlers in die Sowjetunion
8. September 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Aussiedler – Deutsche unter Deutschen“	27. Oktober 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Unsere Argumente für Europa“
12. September 1988	Beschluß des Bundesausschusses der CDU zur Sozialpolitik: „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“	28. Oktober 1988	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Frau und Bundeswehr“
15. September 1988	Pressekonferenz des Bundesgeschäftsführers zur Vorstellung der „Aktion Willkommen“	28. Oktober 1988	Beschluß des Bundesfachausschusses Umwelt „Umweltschutz muß Chefsache werden“ – Leitsätze für eine umweltorientierte Unternehmensführung
26. September 1988	Beschluß des Bundesausschusses zur Rentenstrukturreform	1. November 1988	Pressekonferenz des Generalsekretärs zu den Ergebnissen seiner Reise nach Chile, Panama, Venezuela und El Salvador
27. September 1988	Expertengespräch der Kommission ‚Frau und Familie‘ des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Unfallversicherung für Hausfrauen“	2. November 1988	9. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch: „10 Jahre Grundsatzzprogramm der CDU – Politisches Fundament auch für die 90er Jahre?“
29. September 1988	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik und des Bundesfachausschusses Familienpolitik zum Thema „Umgangsrecht der Väter nichtehelicher Kinder“	3. November 1988	Beschlüsse des Bundesfachausschusses Familienpolitik zur Familienpolitik und zur bevorstehenden Rentenstrukturreform
7./8. Oktober 1988	„Die Schöpfung bewahren – das Leben schützen“ – 29. Bundestagung des EAK in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus	7. November 1988	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Unsere Argumente für Europa“
10. Oktober 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik mit Vertretern der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines Informationsbesuches bei der DB-Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart	25. November 1988	Fachgespräch des Bundesfachausschusses Sozialpolitik „Grundlagen der Behindertenpolitik“
11. Oktober 1988	Gespräch des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik mit dem Fachverband deutscher Allgemeinärzte	14. Dezember 1988	Bundesausschuß der CDU beschließt Berlin-Resolution
		15. Dezember 1988	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Flexibilisierte Arbeitszeit in Unternehmen“

14. Januar 1989	Jubiläums-Veranstaltung: 40 Jahre Frauen-Union „Wir Frauen: Für die Zukunft verantwortlich – Wir wollen mehr als unser Recht!“ Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle	23. Februar 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau mit Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider und den für Wohnungswesen zuständigen Ministern der CDU-geführten Bundesländer
16. Januar 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Kulturpolitik zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)	23. Februar 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau zu den Eckdaten einer zukunftsorientierten Wohnungspolitik
16. Januar 1989	Pressekonzferenz des Generalsekretärs zur Vorstellung der Aktion „Deutschland liegt gut im Rennen“	24. Februar 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik mit Bundesverkehrsminister Dr. Jürgen Warnke
18. Januar 1989	CDU-Kongreß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Frieden, Freiheit, Soziale Gerechtigkeit“	24. Februar 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik „Wege zur stadtverträglichen Verkehrsabwicklung“
19. Januar 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Jugendpolitik mit Bundesministerin Prof. Dr. Ursula Lehr	2. März 1989	Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik verabschiedet den Beschluß „Die europäische Dimension im Unterricht der Schule“
28. Januar 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Gesundheitsreform von A – Z“	3. März 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Energiepolitik zum Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“
30. Januar 1989	Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik verabschiedet Empfehlungen zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	3. März 1989	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zu den frauenpolitischen Komponenten der Rentenstrukturreform
30. Januar 1989	Pressekonzferenz des Parteivorsitzenden – mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen – zu den Ergebnissen der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus	4. März 1989	Die Kommission zur Reform der Parteiliste verabschiedet ihren Entwurf
14. Februar 1989	„Bundeswehr '89: Sinn, inneres Gefüge, Zukunft“ – Expertengespräch des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens des Amtes des Wehrbeauftragten	8. März 1989	Pressekonzferenz des Generalsekretärs zur Lage der Menschenrechte in der DDR
20. Februar 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie mit dem Generalsekretär des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Dr. Horst Niemeyer	9. März 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg über Perspektiven der Finanz- und Steuerpolitik für die neunziger Jahre
22. Februar 1989	Europäisches Umweltforum „Grenzenlose Umwelt – Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“	10. März 1989	Gespräch der Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Familienpolitik mit Bundesministerin Prof. Dr. Ursula Lehr
23. Februar 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Deutschlands Zukunft heißt Europa“	13. März 1989	Pressekonzferenz des Parteivorsitzenden – mit Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann – zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Hessen

14. März 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik: Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik	13. April 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Mit der CDU für sichere Renten“
14. März 1989	Beschluß der Arbeitsgruppe „Binnenmarkt '92“ des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik „Aufbruch in Europa – Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992“	14. April 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Kulturpolitik mit Vertretern von Kulturverbänden
22. März 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs zum Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm	17. April 1989	Pressekonferenz des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs zu den Ergebnissen der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes
30. März 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Menschenrechte in der DDR“	20. April 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit der EG-Kommission (Generaldirektor Manfred Caspari) über „Europäische Wettbewerbspolitik“
3. April 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs – mit Paul Breuer MdB – zu „CDU, NATO und Bundeswehr“	20. April 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dr. Werner Stumpfe, über „Grundsätze einer weltmarktorientierten Tarifpolitik“
4. April 1989	Stellungnahme des Bundesfachausschusses Sozialpolitik zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992	21. April 1989	Die Kommission „Ländlicher Raum“ verabschiedet das Papier „Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern“
5. April 1989	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Kommunale Frauenförderpläne“	24. April 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation zur Langzeitarbeitslosigkeit
7. April 1989	Die Kommission „Umwelt und Energie“ verabschiedet das Papier „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“	25. April 1989	Werkstattgespräch des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik zum Thema Pflegenotstand
10. April 1989	In einer gemeinsamen Konferenz von Kreisvorsitzenden und Funktionsträgern der CDU mit dem Parteivorsitzenden wird die Vorlage „Moderne Parteiarbeit“ beraten.	27. April 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Umwelt mit den bundesweit tätigen Natur- und Umweltverbänden
12. April 1989	Beschlüsse des Bundesfachausschusses Umwelt: „Weniger Abfälle sicher entsorgen“ – Leitsätze der CDU zur Abfallwirtschaft, „Mehr Umweltvorsorge durch Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)“, „Schutz und Erhaltung der Erdatmosphäre als globale Herausforderung“	27. April 1989	Anhörung des Bundesfachausschusses Familienpolitik zum Thema „Europäische Familienpolitik“
12. April 1989	Europa-Kongreß „Binnenmarkt 1992: Deutschlands Zukunft heißt Europa“	28. April 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs zum Europawahlkampf
		6. Mai 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik zur politischen Entwicklung in Namibia



9. Mai 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik zu den andauernden Menschenrechtsverletzungen in Iran	12. Juni 1989	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“
10. Mai 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs zur Eröffnung der Hauptphase des Europawahlkampfes (Ziele – Argumente – Slogans)	16. Juni 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik „Verkehr in unserer Umwelt“
24. Mai 1989	Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik verabschiedet „Leitsätze zur Kulturpolitik“	19. Juni 1989	Pressekonferenz des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs zu den Ergebnissen der Europawahl
30. Mai 1989	„Handwerk und europäischer Binnenmarkt“ – Expertengespräch des Bundesfachausschusses Europapolitik	20. Juni 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Umwelt mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz e. V.
31. Mai 1989	Expertengespräch „Strategien gegen Drogenmißbrauch“ des Bundesfachausschusses Jugendpolitik und Veröffentlichung des Beschlusses „Suchtfrei leben“	20. Juni 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Umwelt mit dem Deutschen Naturschutzring – Bundesverband für Umweltschutz e. V. (DNR)
1. Juni 1989	„Berufsbeamtentum und europäischer Binnenmarkt“ – Expertengespräch des Bundesfachausschusses Europapolitik	21. Juni 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Umwelt „Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz“
1. Juni 1989	Änderungsvorschläge des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik zum Diskussionsentwurf für den Bundesparteitag 1989 „Leitsätze der Umweltpolitik“	30. Juni 1989	Beginn der „Aktion sichere Renten“ (Versand von Informationsmaterialien an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und an interessierte Bürger)
2. Juni 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Jugendpolitik mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Peter Hintze	5. Juli 1989	Anhörung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zur bevorstehenden Reform des Jugendhilferechts unter besonderer Berücksichtigung der familienergänzenden Kinderbetreuung
2. Juni 1989	„CDU an der Seite der Bundeswehr“ – Konferenz des Beauftragten der CDU für die Bundeswehr mit den Vorsitzenden der Bundeswehrarbeitskreise in der CDU	18. Juli 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Umwelt mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
5. Juni 1989	Der Bundesausschuß beschließt seinen Antrag an den 37. Bundesparteitag zur Reform der Parteiarbeit	19. Juli 1989	Gemeinsamer Beschluß der Bundesfachausschüsse Umwelt und Agrarpolitik: „Landwirtschaft und Umwelt“
7. Juni 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs – mit Prof. Klaus Töpfer – zum Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Umwelt und Energiepolitik“ für den Bremer Bundesparteitag	27. Juli 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Fragen und Antworten zur Rentenreform 1992“
		Juli 1989	Veröffentlichung der CDU-Dokumentation „Grenzenlose Umwelt – Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“

7. August 1989	Werkstattgespräch des Bundesfachausschusses Sozialpolitik zum Entwurf der Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik	2. September 1989	Beschluß des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie „Unser Land auf dem Weg zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft in Europa“
23. August 1989	Pressekonferenz des Generalsekretärs – mit Prof. Klaus Töpfer – zur Antragslage beim Thema Umwelt und Energiepolitik vor dem Bremer Bundesparteitag	5. September 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie mit dem Präsidium des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI)
23. August 1989	Werkstattgespräch des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau zu den Perspektiven der Wohnungspolitik mit Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt MdB und weiteren Experten	6. September 1989	Gespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik mit dem Vorstand des Bundes Katholischer Unternehmer über „Sonntagsarbeit, Vermögensbildung, Tarifpolitik“
24. August 1989	Expertengespräch des Bundesfachausschusses Umwelt „Wird Freizeit zum Umweltrisiko?“	11.–13. September 1989	37. CDU-Bundesparteitag in Bremen



